

Beginn: 10:06 Uhr

Präsidentin Carina Gödecke: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiÙe Sie alle ganz herzlich willkommen zu unserer heutigen, 44. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Wie immer gilt mein ganz besonderer GruÙ an diesem Morgen den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **neun Abgeordnete entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Wir dürfen heute wieder einem **Geburtstagskind** gratulieren. Herr Kollege **Martin Börschel** aus der SPD-Fraktion wird 41 Jahre jung. Herzlichen Glückwunsch und alles Gute!

(Allgemeiner Beifall)

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie gerne noch auf etwas hinweisen.

Seit gestern ist, wie viele von Ihnen bemerkt haben, ein Team von **Wikipedia** im Haus, um in unserem Landtagsgebäude Fotos von Abgeordneten aufzunehmen, die dann für die entsprechenden Wikipedia-Einträge genutzt werden. Das Fotostudio befindet sich draußen links in der Wandelhalle. Deshalb hat man dort gestern auch ein paarmal Blitze aufleuchten sehen; das waren die Kameras, also nichts Gefährliches.

Gestern haben bereits viele der Kolleginnen und Kollegen das Angebot in Anspruch genommen. Das Wikipedia-Team ist auf jeden Fall auch noch heute und morgen anwesend – morgen allerdings nur vormittags – für all diejenigen, die ein Foto von sich aufnehmen lassen möchten. Bitte machen Sie, wenn Sie Spaß daran haben, regen Gebrauch davon. Ich weise noch einmal ausdrücklich darauf hin, dass das auf Freiwilligkeit beruht.

Dieses Angebot gilt gleichermaßen für die Mitglieder des Kabinetts. Also, meine Damen und Herren Ministerinnen und Minister, auch Sie können von diesem Angebot Gebrauch machen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Wikipedia sind übrigens ehrenamtlich tätig. Dasselbe gilt für die jungen Damen, die uns für die Fotos pudern und schminken; das sind Schülerinnen einer Kosmetikschule. Einige der Wikipedia-Mitarbeiter haben eigens Urlaub genommen, um uns zu schöneren Fotos bei Wikipedia zu verhelfen.

Ich danke im Namen des Landtags ganz herzlich all denen, die für uns an diesen drei Tagen arbeiten.

(Allgemeiner Beifall)

Nach diesen Vorbemerkungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, treten wir in die heutige **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2014 (Haushaltsgesetz 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3800

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 16/4300

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksachen 16/4400 – Neudruck – bis 16/4407,
16/4409, 16/4470, 16/4411 bis 16/4415 und
16/4420

zweite Lesung

Und:

Finanzplanung 2013 bis 2017 mit Finanzbericht 2014 des Landes Nordrhein-Westfalen

Drucksache 16/3801

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/4421

In Verbindung mit:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2014 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2014 – GFG 2014)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3802

Ergänzung
der Landesregierung
Drucksache 16/4300

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 16/4417

zweite Lesung

Und:

Gesetz zur Änderung des Einheitslastenabrechnungsgesetzes NRW (ELAGÄndG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/3966

Beschlussempfehlung

des Ausschusses
für Kommunalpolitik
Drucksache 16/4357 – Neudruck

zweite Lesung

Die Veränderungen durch die im Haushalts- und Finanzausschuss gefassten Beschlüsse sind zu Ihrer Orientierung in den Veränderungsnachweisen dargestellt.

Ich möchte daran erinnern, dass **im Zusammenhang mit der Beratung des Einzelplans 09** – wie gestern vereinbart – auch der **Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/4442** aufgerufen und beraten wird.

Ferner will ich daran erinnern – aber das Verfahren kennen Sie –, dass im Ältestenrat verabredet wurde, mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten so zu verfahren, wie Sie das Ihrer ergänzten Tagesordnung entnehmen können.

Ich will weiter daran erinnern, dass wir jeweils nach Beendigung der Aussprache über einen Einzelplan die Abstimmung zu diesem Einzelplan durchführen. Sofern Änderungsanträge vorliegen, wird zunächst über diese und erst dann über den Einzelplan abgestimmt.

Heute müssen wir, wie verabredet, auf jeden Fall noch die Abstimmung zu Einzelplan 20 nachholen. Außerdem ist heute auch über das Haushaltsgesetz abzustimmen und über die Rücküberweisung des Haushaltsgesetzes und des Gemeindefinanzierungsgesetzes zu entscheiden.

Als Letztes will ich Sie daran erinnern, dass zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr keine Abstimmungen stattfinden. Sofern ein Einzelplan in diesem Zeitraum zu Ende beraten ist, wird die Einzelplanabstimmung nach 14:00 Uhr nachgeholt.

Mit all diesen Vorbemerkungen, die vielleicht auch den Zuschauerinnen und Zuschauern verstehen helfen, wie das Prozedere hier ist, rufe ich nun den ersten Einzelplan auf:

Einzelplan 14
Ministerium für Wirtschaft, Energie,
Industrie, Mittelstand und Handwerk

Ich weise auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4414 zum Einzelplan 14 hin.

Wir kommen nun zum

Teilbereich
Wirtschaft, Industrie,
Mittelstand und Handwerk

Ich eröffne die Aussprache. Herr Kollege Wüst für die CDU-Fraktion hat das Wort.

Hendrik Wüst (CDU): Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Mir ist gerade der Liederzettel der Landtagsandacht vom heutigen Morgen in die Hände gefallen. Er passt so schön. Nach den Fürbitten und dem Vaterunser kam das Lied „Komm, Herr, segne uns“. In der zweiten Strophe steht: „Weil du reichlich gibst, müssen wir nicht sparen.“ Für eine Haushaltsberatung ist das doch ein schöner Einstieg.

Das Interessante ist, wir müssten gar nicht so viel sparen, wenn dieses Land in den letzten zehn Jahren über ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum verfügt hätte, denn dann hätten wir 3,2 Milliarden € mehr in der Kasse. Ich glaube, das würde allen, die hier Politik machen, ob Regierung oder Opposition, besser gefallen als das, was wir hier sonst machen müssen.

Notwendig wäre nur ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum gewesen. Aber in Nordrhein-Westfalen wächst die Wirtschaft seit 1989 leider unterdurchschnittlich. Allein von 2002 bis 2012 hat Bayern 8 % mehr Wirtschaftswachstum gehabt als Nordrhein-Westfalen. Lediglich in der Phase 2005 bis 2010 – so viel werden Sie mir erlauben – konnte Nordrhein-Westfalen seinen Wachstumsrückstand verringern. Seitdem wächst er wieder.

Das Statistische Landesamt weist für September 2013 aus, dass die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen im letzten Jahr im Vergleich zum Bundesdurchschnitt doppelt so stark geschrumpft ist. Ein weiteres Indiz für die Stellung Nordrhein-Westfalens ist die Tatsache, dass wir seit 2010 wieder Nehmerland im Länderfinanzausgleich sind.

McKinsey hat uns darauf hingewiesen, dass die Ursache eben nicht, wie häufig vorgetragen, noch immer der Strukturwandel bezogen auf Kohle und Stahl sei, sondern die Ursache seien geringere Produktivität, geringe Ausgaben für Forschung und Entwicklung, eine zu geringe Selbstständigenquote und zu geringe Investitionen.

Zu den Themen im Einzelnen.

Die Forschungs- und Entwicklungsausgaben liegen bei uns 41 % unter dem Durchschnitt. Baden-Württemberg hat 27 % mehr als wir. Bei der Selbstständigenquote liegen wir auf Platz 13 in Deutschland.

Geringe Investitionen: Nur 18 % des BIP werden in Nordrhein-Westfalen in neue Anlagen investiert. Wir wissen ja alle vom IW Köln, dass von 2000 bis 2012 in der energieintensiven Industrie in Deutschland, die in Nordrhein-Westfalen glücklicherweise überproportional stark ist, nur noch 85 % der Abschreibungen reinvestiert wurden. Wir haben also ein Desinvestitionsklima in den Schlüsselindustrien, die bei uns in Nordrhein-

Westfalen stark sind. NRW-INVEST beschreibt für die ausländischen Direktinvestitionen einen Rückgang von 26 %.

Das ist die Lage. Jetzt kann der Reflex so sein, wie er bei Ihnen immer ist: Wer das vorträgt, redet das Land schlecht, wer das vorträgt, erzeugt die schlechte Stimmung erst. – Aber wenn Sie besser regieren würden, gäbe es gar keinen Anlass für diese Kritik.

(Beifall von der CDU)

Deswegen ist das auch kein Schlechttreden; ich ratere ja eigentlich nur die Zahlen herunter. Vielmehr ist das erst mal ein Befund, für dessen Änderung wir alle gemeinsam etwas tun können.

Die Aufgabe ist, Wirtschaftspolitik im 21. Jahrhundert anders zu machen als in den letzten Jahrzehnten. Ich nenne mal das Beispiel Breitband, um deutlich zu machen, welchen Schritt wir da noch zu machen haben.

Der Zugang zum schnellen Internet ist längst nicht mehr nur Grundlage für das Wachstum in den digitalen Ökonomien, sondern auch in vielen anderen Geschäftsmodellen, in vielen anderen Branchen: mittelständische Industrie, Freiberufler, Kreativschaffende etc. Der flächendeckende Breitbandausbau ist Schlüsselaufgabe in allen Branchen.

Bayern investiert bis zum Jahr 2017 in den Breitbandausbau 2 Milliarden €, 400 Millionen € im Jahr. Da kommen mir unsere 9 Millionen € in Nordrhein-Westfalen reichlich spärlich vor.

Hier müsste Wirtschaftsförderung 4.0 – wie man so schön sagt – ansetzen. Der größte Etat, bei dem das möglich wäre, wäre EFRE. In der kommenden Förderperiode stehen inklusive Kofinanzierung 2,4 Milliarden € zur Verfügung. Daraus sollen Maßnahmen zur Stärkung von Forschung, technologischer Entwicklung und Innovation zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit von KMU unterstützt werden. Das geht unseres Erachtens am besten durch einen flächendeckenden Breitbandausbau, den wir hier allerdings leider verschlafen.

Dann wird immer vorgetragen, dass gehe alles nicht mit EFRE. Die bayerischen 2 Milliarden € kommen allerdings auch nur dadurch zustande, dass die offensichtlich EFRE-Mittel dafür verwenden können; so kann man das nachlesen. Warum soll bei denen gehen, was bei uns nicht geht?

Ein weiterer Punkt sind die Wertschöpfungsketten in der Industrie. 25 % der Bruttowertschöpfung unseres Landes werden in der oft mittelständisch geprägten Industrie erzielt, im Vorleistungsverbund sogar über ein Drittel. Zum Vergleich: Europaweit sind es nur 16 %. Da sind wir also richtig gut! Wir sollten gemeinsam daran arbeiten, dass wir das auch bleiben. Umsatzstärkste Wirtschaftszweige sind die Metallindustrie, der Maschinenbau und die chemische Industrie. Besondere Stärken sind hier

die intakten Wertschöpfungsketten insbesondere von der Basischemie bis zum Endprodukt.

Deutschland – auch Nordrhein-Westfalen – ist deshalb stark durch die Krise gekommen. Am Anfang der Wertschöpfungsketten stehen allerdings umstrittene Themen – umstritten, weil sie energieintensiv sind, umstritten jedenfalls in Ihrer Koalition, bei uns nicht. Energieintensive Industriezweige wie Chemie, Stahl, Aluminium, Papier und Glas sind für Sie problematisch, weil sie hier in Nordrhein-Westfalen viel Energie verbrauchen. Zweifelsfrei! Die Berliner Koalitionspartner sind sich jedenfalls einig, dass man die hier halten will. Sie haben deshalb einen ersten Einstieg in eine EEG-Reform vorgesehen.

Wir brauchen auch zukünftig eine Energieversorgung, die dem grundlegenden Beginn der Wertschöpfungsketten hier in Nordrhein-Westfalen eine Chance gibt, hier zu investieren.

Wir brauchen eine Energiepolitik auf Bundesebene, die den Kostenanstieg dämpft. Der Einstieg ist gemacht. Wir brauchen aber auch eine Politik auf Landesebene, die das flankiert. Wir werden auch in Zukunft neben der Sonne aus dem Süden und dem Wind aus dem Norden Sicherheit brauchen, die mit unserem Kraftwerkspark in Nordrhein-Westfalen geliefert werden kann.

Der LEP macht über Mindestwirkungsgrade für konventionelle Kraftwerke eine Kraftwerkserneuerung unmöglich. Was neue Kraftwerke angeht, so ist die Kohleverstromung in Nordrhein-Westfalen ein Auslaufmodell. Ich bin nicht sicher, ob das wirklich in unserem Interesse ist, auch was den Industriestandort angeht.

Nehmen wir beim Thema „Energie“ den Klimaschutz dazu. Globale Wirtschaft und regionaler und lokaler Klimaschutz passen nicht zusammen. Das Aluminium aus nordrhein-westfälischer Produktion macht Autos weltweit sparsam, senkt den Verbrauch der Automobilflotte. So wird trotz einer Steigerung des Energieverbrauchs bei der Aluminiumherstellung in Nordrhein-Westfalen weltweit die CO₂-Emission zurückgefahren. Dieser Zusammenhang ist nicht so kompliziert, dass man ihn nicht verstehen könnte.

Jetzt gehen Sie hin und integrieren die Festlegung des Klimaschutzplanes in einen LEP, obwohl noch nicht mal klar ist, was in den Festlegungen steht. Die zuständige Ministerin hat gestern ausgeführt, die IHKs seien, was den LEP angeht, ganz zuversichtlich, voll des Lobes, würden alle zustimmen. Was diesen Punkt angeht, gibt es aber zu Recht Kritik und Fragen. Ich halte es auch mit Blick auf das Verhältnis von Parlament und Regierung, insbesondere aber mit Blick auf die industrielle Planungssicherheit nicht für zielführend, eine „Blackbox Klimaschutz“ in einen LEP zu integrieren, ohne dass jemand weiß, was damit verbunden wird.

(Beifall von der CDU)

Wenn wir von Wertschöpfungsketten sprechen, dann reden wir über den Verbundstandort der chemischen Industrie. Wir sind ja deshalb stark als hochentwickeltes Industrieland – das ist eine Ausnahmestellung, das ist ein Pfund hier in Nordrhein-Westfalen –, weil wir noch Basischemiestandort sind. Wir müssen das auch bleiben, um unsere Wertschöpfungskette nicht schon am Anfang zu schwächen. Dazu brauchen wir aber – das ist ein kleiner Standortnachteil – den Verbundstandort mit seinen Verbindungen insbesondere über Pipelines. Wer diesen Zusammenhang leugnet, lügt sich was in die Tasche.

Bei der Pipeline kann man schön sehen, wie das bei allen strittigen Themen läuft: Das wird heruntergebrochen. In diesem Fall muss sich die Regierungspräsidentin darum kümmern. Da geht es in einen Dialogprozess. Das Thema wird aus der öffentlichen Wahrnehmung weggedrückt.

Das ist das gleiche Spiel wie bei newPark, wo man auch nicht sagt, was man will, sondern vorgibt, das ginge jetzt aus irgendwelchen Gründen nicht. Wir haben ja lange über Bürgschaften gesprochen. Das Thema „Datteln“ wird an die Gerichte verwiesen.

Wenn man Industriestandort bleiben will, dann geht es nicht – wie oft gesagt wird – um Bekenntnisse. Das Bekenntnis kann immer nur der Anfang sein. Es geht dann vielmehr um aktives Handeln, darum, diese Bekenntnisse umzusetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Dafür legen Sie in diesem Haushalt nicht die entsprechende Grundlage.

Drei Punkte im Staccato, weil meine Redezeit endet.

Präsidentin Carina Gödecke: Genau.

Hendrik Wüst (CDU): Das Thema „exzellente Hochschullandschaft“ spielt bei innovativen Wirtschaftszweigen eine Rolle; da machen Sie eine Rolle rückwärts. Das Thema „Abgabenlast“ ist hier ausreichend diskutiert; die flächendeckende Erhöhung der Gewerbesteuer ist nur ein Beispiel. Und zum Thema „Infrastruktur“ muss man nur auf die Rheinbrücke in Leverkusen schauen.

Wir sind von Wirtschaft 4.0 ziemlich weit entfernt. Ich komme zurück zum Anfang: Da hilft nur beten. – Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Wüst. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Jeder konnte gerade erkennen: Angelegt ist es so, aber dem Kollegen Wüst fehlt dafür das Format eines Franz Josef Strauß. Ich wünsche Ihnen das optisch gar nicht, Herr Wüst; nicht dass wir uns da missverstehen. Aber Sie versuchen, in Nordrhein-Westfalen auf die Sonthofen-Strategie aufzusetzen. Sie wollen meckern, aber konzeptionell überhaupt nichts beitragen. Sie wollen das Land und die Wirtschaft schlechtreden, sodass man fast den Eindruck gewinnen muss, jede Botschaft, die im Moment aus verschiedenen Branchen kommt – ich glaube, es betrübt uns alle, dass sich Rahmenbedingungen verändert haben –, könnte mit einem Abbau von Arbeitsplätzen zu tun haben. Das trifft bei Ihnen ja fast schon auf fruchtbaren Boden. Ich will nicht sagen, dass Sie sich darüber freuen; das wäre unfair. Aber Sie versuchen wirklich, alles zu nutzen, um die wirtschaftliche Situation dieses Landes schlechtzureden, und haben nicht einen, aber auch nicht einen konzeptionellen Vorschlag, wie man irgendetwas in die richtige Richtung bewegen könnte! Das ist eine Art und Weise, die der Verantwortung eines Parlamentariers nicht würdig ist und zudem den Weg in die ewige Opposition beschreibt; denn Konzeptionslosigkeit wird nicht honoriert.

(Beifall von der SPD)

Als wir damals für einen kurzen Zeitraum von den Wählerinnen und Wählern in die Opposition geschickt wurden, haben wir die Zeit genutzt, um uns in ganz vielen verschiedenen Bereichen, zum Beispiel beim Handwerk, konzeptionell ein Stück neu aufzustellen und Angebote zu machen. Das wurde honoriert. Wir haben uns nicht die ganze Zeit nur zurückgezogen, Dinge kritisiert, lamentiert und eigentlich nur konzeptionslos agiert.

Ich will Ihnen ehrlich sagen: Wenn dieser Haushalt aus Ihrer Sicht, unzureichend ist, Kollege Wüst, frage ich mich: Wo sind Ihre substanziellen Änderungsanträge? Die fehlen sogar zu dem einzigen Thema, welches Sie konkret benannt haben. Nichts gibt es von Ihnen! Keine Hinweise!

Beim Thema „Breitbandausbau“ sind wir uns doch völlig einig. Aber wir wissen auch: Zumindest ab Förderperiode 2014 ist eine Finanzierung über den Strukturfonds EFRE nicht mehr möglich.

(Hendrik Wüst [CDU]: Das ist falsch!)

Dann wird man andere Lösungen finden müssen.

Lassen Sie mich noch einmal dazu kommen, dass es wohl völlig unstrittig ist, dass in dem bevölkerungsreichsten und wirtschaftsstärksten Land der Bundesrepublik mit einer Wirtschaftsleistung von fast 600 Milliarden €, das ungefähr in einer Liga mit Staaten wie Korea und Australien spielt, das Thema „Wirtschaftspolitik“ von eminenter Bedeutung ist und die starke Wirtschaft die Grundlage des Wohlstandes in unserem Land ist.

Deswegen ist es auch richtig und wichtig – der Einzelplan 14 bildet das mit den Haushaltsmitteln von insgesamt 755 Millionen € auch ab –, dass Mittel für die Unterstützung der wirtschaftlichen Prosperität bereitgestellt werden. Allein die Wirtschaftsförderung umfasst im Jahr 2014 eine Größenordnung von 338 Millionen €.

Der Haushalt von Minister Duin setzt folgende Akzente in der Wirtschaftsförderung:

Er schultert – und das ist wahrlich eine Leistung – die zusätzlichen Kofinanzierungsmittel zur Förderung von Investitionen auf den Gebieten der RWP-Gemeinschaftsaufgabe. Das Land wird für diese erweiterte Gebietskulisse im Jahr 2014 und für die erweiterten finanziellen Möglichkeiten, die ihm zur Verfügung gestellt werden, die entsprechende Kofinanzierung bereitstellen, um in den Gebieten unterstützend tätig sein zu können.

Wir setzen neue Akzente im Bereich des Tourismus und der Kreativwirtschaft – der Kreativwirtschaft nicht nur als Branche, wo es um den Output geht, sondern auch als Branche, wo es um die Grundlage geht, Klima zu schaffen, Innovationen auch in ganz klassischen Industrie- und Produktionsbereichen hervorzubringen.

Und wir achten darauf – da, wo wir es können –, dass die Menschen, die in Nordrhein-Westfalen im öffentlichen Auftrag arbeiten, dies unter vernünftigen Bedingungen tun können, sodass sie von ihrer Hände Arbeit auch leben können. Deswegen haben wir ein Tariftreue- und Vergabegesetz auf den Weg gebracht und dort einen vergabespezifischen Mindestlohn von 8,62 € umgesetzt.

Ich sage das deswegen, weil die einzigen Änderungsanträge, die wir von der CDU bekommen haben, sich genau darauf beziehen, nämlich: Begutachtet das nicht, und kontrolliert das nicht! – Das sind die einzigen Beiträge der CDU in diesem Hause zum Einzelplan 14. Keine inhaltliche Schwerpunktsetzung, keine Verschiebungswünsche, keine Akzentuierung von irgendetwas! Es entsteht eigentlich der Eindruck, dass Sie – bis auf die Tatsache, dass Sie kein Tariftreue- und Vergabegesetz haben wollten – mit diesem Einzelplan ganz zufrieden sind.

Jetzt kritisieren Sie ausgerechnet dies. Aber, Herr Kollege Wüst, nur damit wir da keine Missverständnisse haben; ich will Ihnen ja nicht unterstellen, dass Sie es nicht wissen könnten: Diejenigen, die für die Überprüfung in der Prüfstelle des Tariftreue- und Vergabegesetzes zuständig sind, überprüfen ausschließlich den Bereich des vergabespezifischen Mindestlohns und des ÖPNV-Bereichs und nicht die §§ 17 bis 19.

Insofern verwundert mich Ihr Antrag umso mehr, weil gestern – wir wissen das alle – CDU und SPD einen Entwurf für einen Koalitionsvertrag vorgelegt haben, in dem Folgendes steht:

„Auf Länderebene bestehen bereits Vergabegesetze, die die Vergabe öffentlicher Aufträge von der Einhaltung allgemeinverbindlicher Tarifverträge abhängig machen. Wir werden eine europarechtskonforme Einführung vergleichbarer Regelungen auch auf Bundesebene prüfen.“

Es ist Pharisäertum: Das bisschen, das Sie hier kritisieren, möchten Sie in Berlin mit uns gemeinsam gestalten. Was Sie in dieser Debatte machen, ist unredlich, Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Hendrik Wüst [CDU])

Übrigens: Auch auf Bundesebene gibt es eine Prüfbehörde, den Zoll. Ich bin gespannt, ob Sie auch dem das Personal wegnehmen möchten.

Ich kann nur feststellen: Das ist substanzlose Kritik und in Wirklichkeit keine am Haushalt des Einzelplans 14 des Wirtschaftsministers. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Bitte bleiben Sie am Redepult. Es gab die Anmeldung einer Kurzintervention vom Kollegen Schwerd von den Piraten.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Herzlichen Dank, dass Sie die Zwischenfrage zulassen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das ist keine Zwischenfrage! – Zuruf von der SPD: Braucht er gar nicht zuzulassen!)

– Oder die Kurzintervention. – Sie haben eben die EFRE-Förderung angesprochen und davon geredet, dass die Europäische Union angeblich verboten hätte, den Breitbandausbau zu fördern. Das ist nicht so.

Wir haben in dieser Woche eine Vorstellung in der Kohäsionspolitik gehört, nach denen eine Breitbandförderung durchaus im Zusammenhang mit kleinen und mittelständischen Unternehmen möglich ist, die ganz klar als Förderziel bei Innovation und Forschung erkannt sind, bei denen breitbandige Ausbauten ganz besonders wichtig sind, zum Beispiel beim CO₂-Ausbau, um Telearbeit usw. zu unterstützen und nicht zuletzt in der Quartiersunterstützung, wo Internetzugänge auch essenziell sind.

Insofern sehe ich es nicht so, als sei es seitens der EU untersagt. Vielmehr ist es sogar ganz klar möglich, aus EFRE-Mitteln eine Förderung für den Breitbandausbau herzustellen. – Danke schön.

Thomas Eiskirch (SPD): Lieber Kollege Schwerd, Sie sind Mitglied des Ausschusses für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk. Wenn Sie der Debatte dort aufmerksam gefolgt wären ...

Von „wären“ zu sprechen, ist unfreundlich. Wir haben es dort diskutiert, wobei deutlich geworden ist: Die Europäische Union hält den Breitbandausbau in den unterschiedlichen Regionen Europas aus unterschiedlichen Töpfen für förderfähig.

Für Nordrhein-Westfalen ist der Schwerpunkt – das ist die Konkretisierung mit der Kommission – konzentriert auf die Frage der Ausbausituation im ländlichen Raum. Denn dort liegen in einem Ballungsgebiet wie Nordrhein-Westfalen die Probleme. Die Aussage ist, dass das auch mit europäischen Mitteln geht, nämlich mit Mitteln des ELER.

Aus meiner Sicht heißt das nicht – das habe ich im Ausschuss bereits deutlich gemacht –, dass die Impulse dafür nicht aus dem Wirtschaftsministerium und den wirtschaftlichen Zusammenhängen kommen können; die Finanzierungsquelle ist eine andere.

Unsere Auffassungen liegen nah beieinander, dass das aus europäischen Mitteln auch in Zukunft finanziert werden muss, allerdings nicht vom EFRE, sondern vom ELER, also vom Europäischen Landwirtschaftsfonds, der zwei Säulen hat: die Fläche der Bauern und die wirtschaftliche Entwicklung in den ländlichen Regionen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD – Josef Hovenjürgen [CDU]: Die Rede war nicht gut, aber dafür laut! – Gegenrufe von der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die FDP-Fraktion spricht Herr Kollege Bombis.

Ralph Bombis (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen! Sehr geehrte Herren! Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik sollte stets insbesondere drei Ziele im Blick haben: Sie muss Impulse für Innovation und damit für neues Wachstum und mehr Beschäftigung setzen. Sie muss zum Zweiten Wachstumsbremsen lösen. Drittens muss sie auf aktuelle oder absehbare Herausforderungen reagieren.

Diese drei Ziele sind die Grundlage, damit Unternehmen und Beschäftigte in diesem Land wettbewerbsfähig sind und erfolgreich wirtschaften können, damit sie also unseren Wohlstand erwirtschaften können. Diese drei Ziele müssen sich auch im Haushalt des Wirtschaftsministers spiegeln.

Allerdings: Einzelplan 14 im Kleinen und der gesamte Landeshaushaltsentwurf zeigen, dass die Landesregierung – das gestehe ich Ihnen durchaus zu – vielleicht zwar den Willen zu einer guten Wirtschaftspolitik hat, dass sie leider jedoch offenbar nicht in der Lage ist, eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu betreiben.

(Beifall von der FDP)

Ich will das anhand der genannten drei Ziele mithilfe einiger kleiner Beispiele kurz verdeutlichen.

Ziel 1 ist es, neue Wachstumsimpulse zu setzen. Herr Eiskirch, Sie haben nach konkreten Vorschlägen gefragt. Hier ist ein konkreter Vorschlag: Die Bürgerschaft für newPark wäre ein solcher neuer Wachstumsimpuls gewesen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Hier könnten neue Arbeitsplätze und zukünftiges Wachstum entstehen. Aber die Landesregierung will sich aus ideologischen Gründen nicht einmal ernsthaft mit dem Thema beschäftigen. Die SPD lässt sich von den Grünen vorführen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das hat so einen langen Bart!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren von Rot-Grün: Sie lassen die Region allein, die sich jetzt selbst zu helfen versuchen, und stehlen sich mit fadenscheinigen Gründen aus der Verantwortung.

(Beifall von der FDP und Josef Hovenjürgen [CDU])

Sind das Wachstumsimpulse? Nein, das sind keine Wachstumsimpulse.

(Zuruf von Marc Herter [SPD])

Wie sieht es sonst aus? Beispielhaft kann man das Stichwort „Gründungsoffensive“ anführen. Der Wirtschaftsminister hat immer wieder betont, wie wichtig ihm dieses Thema ist. Auch hierbei sind die Zahlen schlecht. Sie sprechen immer davon, wie wichtig Ihnen Gründungen sind. Ich stimme Ihnen dabei ausdrücklich zu, aber Sie müssen auch für ein wirtschaftspolitisches Umfeld und Klima sorgen, um zu Gründungen zu motivieren und diese zu ermöglichen.

Was tun Sie? Sie belasten stattdessen das wirtschaftspolitische Klima in diesem Land permanent, sei es durch Regulierungen wie beim Ladenschluss oder beim Rauchverbot, sei es durch immer neue Einfälle für Ausgaben oder Steuerbelastungen. Meine Damen und Herren, das belastet das Klima in diesem Land. Das macht es in der Praxis schwerer für Gründer. So schaden Sie dem Klima. So fördern Sie Gründungen außerhalb unseres Landes.

(Beifall von der FDP – Widerspruch von Günter Garbrecht [SPD])

Das sind keine Wachstumsimpulse.

(Zuruf von Günter Garbrecht [SPD])

Wie sieht die Wirklichkeit beim zweiten Ziel aus, Wachstumsbremsen zu lösen? Das muss doch vor allen Dingen bedeuten, überhandnehmende Bürokratie und Belastungen in allen die Wirtschaft betreffenden Bereichen abzubauen.

Nehmen wir ein konkretes Beispiel, Herr Eiskirch! Sie haben selbst das Tariftreue- und Vergabegesetz angesprochen. Hier gibt es eine gute Möglichkeit, der Wirtschaft zu helfen, die unter den Anforderungen dieses Tariftreue- und Vergabegesetzes ächzt. Wir beraten morgen einen Gesetzentwurf in diesem Plenum. Das gibt Ihnen die Möglichkeit, zu korrigieren. Schaffen Sie dieses Gesetz wieder ab. Dadurch können Sie eine tatsächliche Wachstumsbremse lösen.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Rainer Schmelzer [SPD])

Ich komme zum Stichwort Abgaben.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Dafür haben Sie die „breite Unterstützung“ der Wählerinnen und Wähler bekommen!)

Welche Abgaben lassen Sie sich einfallen? Ich nenne als Beispiel die Bettensteuer. Wie sieht es mit der Bettensteuer aus? Sie zwingen mittelständische Unternehmen dazu, das Inkasso für klamme Kommunen zu übernehmen.

(Beifall von Dr. Joachim Stamp [FDP])

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur mittelstandsfeindlich, sondern auch rechtswidrig. Diese Regelung ist Ihrem Innenminister und Ihrem Finanzminister von den Gerichten um die Ohren gehauen worden. Das ist auch eine schallende Ohrfeige für den Wirtschaftsminister, der ein solches Vorgehen nicht verhindert hat.

(Beifall von der FDP – Zurufe von der SPD)

Ich muss die ansonsten nicht enden wollende Fantasie des Finanzministers bei der Erfindung neuer Steuern und Abgaben nicht extra betonen. Ist das ein Lösen von Wachstumsbremsen? Nein, Sie schaffen Wachstumsbremsen, Sie lösen sie nicht, meine Damen und Herren von Rot-Grün.

Es sollte wenigstens zukünftig auf Maßnahmen verzichtet werden, die uns sogar noch mehr Bürokratie bringen. Was können wir als Beispiel nennen? Man muss nicht weit schauen. Ihr Ministerkollege Kutschatky kommt auf die Idee, ein Unternehmensstrafrecht einzuführen. Die Wirtschaft wird von Ihnen eben nicht als Partner begriffen. Sie wird von Ihnen als Gegner begriffen. Sie zwingen jetzt die mittelständischen Unternehmen in diesem Land, am Ende eigene Rechtsabteilungen aufzubauen. Das bedeutet doch auch nicht das Lösen von Wachstumsbremsen.

(Beifall von der FDP – Zuruf von der SPD)

Selbst zu dem von uns auch erst einmal positiv aufgenommenen Thema der gemeinwohlorientierten Wirtschaft muss ich Ihnen sagen, die dazu durchgeführte Anhörung hat mich eher mit Sorge erfüllt. Ich sage Ihnen ganz klar: Der Verlauf dieser Anhörung lässt befürchten, dass Rot, vor allen Dingen aber Grün, in diesem Bereich auch immer stärker in die

Wirtschaft hineinregieren will. – Wir haben es an anderer Stelle schon von Frau Künast gehört. Die Grünen haben klare ideologische Vorstellungen davon, was „gute“ und was „schlechte“ Wirtschaft ist. Ich sage Ihnen für die FDP: Hier sollte sich der Staat soweit es irgendwie geht heraushalten und keine weitere Spielwiese für Regulierung und Bürokratie aufmachen. Dadurch schaffen Sie sonst wieder neue Wachstumsbremsen, meine Damen und Herren.

Das dritte Ziel sind aktuelle oder absehbare Herausforderungen. Die größte Herausforderung ist der Schuldenabbau, ist die Befreiung aus der Abhängigkeit der Finanzmärkte. Das wird in der Wirtschaft auch so gesehen und wurde zuletzt wieder vom Handwerk und von der DIHK betont. Das ist für die Wirtschaft und für die Unternehmen wichtig, da diese auf eine stabile Währung vertrauen. Auch deshalb ist der Haushaltsentwurf der Landesregierung in wirtschaftspolitischer Hinsicht fatal.

NRW nimmt fast 60 Milliarden € ein, so viel wie noch niemals zuvor. Trotzdem werden die Ausgaben so stark in die Höhe geschraubt, dass die Landesregierung 2,4 Milliarden € an neuen Schulden aufnehmen will. So schaffen Sie in der Wirtschaft kein Vertrauen in konsolidierte Haushalte. So schaffen Sie Misstrauen und Unsicherheit.

Als zweite große Herausforderung sehen wir uns der Warnung der Wirtschaftsweisen gegenüber, die sich angesichts der abzeichnenden Einigung auf Bundesebene klar geäußert haben. Sie müssen sich gegen eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik aus Sicht des Landes wenden. Liebe Kollegen von der SPD und liebe Kollegen von der Union, in Berlin werden derzeit ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn als Einstiegshindernis für neue Arbeitssuchende, ein Griff in die Rentenkasse, eine Mietpreisbremse, die Senkung des Renteneintrittsalters, die Belastung der Sozialversicherungen und so weiter geplant. Wir werden derzeit noch keine Steuererhöhungen haben. Dafür haben wir eine Belastung der Rentenkasse. Wenn Sie dieses Programm aber vier Jahre lang durchhalten wollen, dann sage ich, das letzte Wort zum Thema „Steuererhöhungen“ ist noch nicht gesprochen. Das ist keine Wirtschaftspolitik, die nach vorne blickt. Das ist rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, wie es die Wirtschaftsweisen gesagt haben.

(Beifall von der FDP)

Zwei Millionen Arbeitsplätze sind nach Schätzungen des Bundesfinanzministeriums gefährdet. 50 Milliarden € an Kosten kommen auf uns zu. Das Bundesfinanzministerium stand mit Sicherheit nicht in dem Verdacht, FDP-nah zu argumentieren. Das wird auch erhebliche Auswirkungen auf Nordrhein-Westfalen haben. Ich höre dazu kein Wort von der Landesregierung im Hinblick auf die Haushaltsplanung. Als einzige Maßnahme verfrühstücken Sie erhoffte Mehreinnahmen. Für den Fall, dass diese

nicht kommen, haben Sie wahrscheinlich schon wieder Pläne für die nächste Erhöhung der Grunderwerbsteuer in der Schublade. Das trifft dann wieder die mittelständischen Unternehmer und die kleinen Leute, während die von Ihnen immer kritisierten Großinvestoren oder Vermögensfonds damit wunderbar zurechtkommen. Nein, Sie geben keine Antworten auf aktuelle oder absehbare Herausforderungen. Sie erschweren die Situation für die Wirtschaft in diesem Land.

Im Ergebnis fallen Ihr Reden und Handeln auch in anderen Bereichen immer weiter auseinander. Sie sprechen von „vorsorgender Sozialpolitik“ und meinen die Schaffung einer Vollkasko-Mentalität. Sie sprechen von „vorsorgender Finanzpolitik“ und meinen, dass wir mehr ausgeben, als wir haben, und damit die kommende Generation belasten und Hypotheken auf die Zukunft aufnehmen.

Präsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Ralph Bombis (FDP): Wir warten darauf, dass Sie vielleicht einmal von „vorsorgender Wirtschaftspolitik“ sprechen und damit meinen, auch morgen gilt noch der Grundsatz, dass Erwirtschaften vor dem Verteilen kommen muss.

Präsidentin Carina Gödecke: Ihre Redezeit ist zu Ende.

Ralph Bombis (FDP): Auch morgen brauchen wir noch wettbewerbsfähige Unternehmen. Auch morgen brauchen wir noch Wachstum, damit nicht nur sichere Arbeitsplätze, sondern auch wirtschaftlicher Erfolg bei den Unternehmen und über Tarifierhöhungen bei deren Mitarbeitern entstehen können.

Ich komme zum Schluss.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren von Rot-Grün, dieser Haushalt ist unsolid. Er ist uninspiriert. Er setzt keine neuen Impulse. Er löst keine Wachstumsbremsen und geht schließlich auch nicht auf die vor uns liegenden Herausforderungen ein.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Bombis, Sie sind 50 Sekunden über der Redezeit.

Ralph Bombis (FDP): Er gibt keine Antworten auf zukünftige Probleme und Belastungen. Deswegen lehnen wir diesen Haushalt ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Dr. Beisheim.

Dr. Birgit Beisheim (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Präsidentin. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren! Lieber Herr Bombis, zusammenfassend kann ich zu Ihrer Rede eigentlich nur sagen, dass jetzt klar ist, warum die FDP mehr und mehr an Bedeutungslosigkeit verliert.

(Demonstrativer Beifall von der FDP – Dr. Joachim Stamp [FDP]: Eben! Sie sind noch auf dem Weg dahin!)

– An Bedeutung verliert.

(Beifall von der SPD)

Der Entwurf der Landesregierung für den Einzelplan 14 setzt wie in den Jahren zuvor eindeutige Prioritäten beim Mittelstand und der Strukturförderung. Herr Wüst, es heißt in dem Lied „müssen wir nicht darben“ und nicht „müssen wir nicht sparen“.

Trotz einer Reduzierung der Ausgaben von insgesamt 42 Millionen € unternehmen wir alle Anstrengungen, um die Unternehmen, die hier vor Ort Arbeitsplätze schaffen und erhalten, die Verantwortung für ihre Belegschaften und ihr Umfeld unternehmen, zu unterstützen. Aber wir werden nicht hinnehmen, wenn Unternehmen bestehende Verträge zwischen den Tarifpartnern missachten, wie das in den letzten Wochen geschehen ist. Überall dort, wo Verträge gebrochen werden, wird ein solches Vorgehen von uns missbilligt. Wir werden die betroffenen Unternehmer an ihre soziale Verantwortung erinnern. Vertrauen ist keine Einbahnstraße, meine Damen und Herren.

Unsere Politik zielt auf eine eindeutige Unterstützung des Mittelstands ab. Deshalb haben wir die bisherigen Mittel zur Förderung der mittelständischen Unternehmen und freien Berufe erhalten. Das fördert die positive wirtschaftliche Entwicklung und sichert Beschäftigung.

Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz und der darin verankerten Mittelstandsverträglichkeitsprüfung von Initiativen der Landesregierung haben wir darüber hinaus ein wichtiges Instrument geschaffen, mit dem die Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns von kleinen und mittleren Unternehmen noch weiter verbessert werden können.

Das Handwerk nimmt in Nordrhein-Westfalen wirtschaftspolitisch eine besondere Rolle ein, denn jedes vierte Unternehmen in unserem Land gehört zum Handwerk. Jeder fünfte Arbeitsplatz wird von ihm gestellt. Darüber hinaus trägt das Handwerk in besonderem Maße zur ökologischen Erneuerung, zur Ausbildung und zur regionalen Wertschöpfung bei. Wir werden auch zukünftig über die Handwerksinitiative Aktivitäten zur Steigerung der Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit unterstützen und damit für eine gesunde Entwicklung dieses so wichtigen Wirtschaftszweiges sorgen.

Herr Bombis, als Unternehmerin und Gründerin kann ich Ihnen sagen, dass gerade die Initiativen

und Instrumente zur Existenzgründung und Existenzsicherung hier in Nordrhein-Westfalen gut sind.

Ein besonderes Augenmerk sollte dabei zukünftig aus meiner Sicht allerdings auf dem Betriebsübergang liegen, denn viel zu viele Unternehmen finden keine Nachfolgelösung und müssen daher ihren Betrieb auflösen. Hier gibt es noch viele Potenziale, die es zu fördern gilt. Wir leisten mit dem Beratungsprogramm Wirtschaft NRW Unterstützung, um gegründete Unternehmen zu stabilisieren und somit einen nachhaltigen Erfolg zu gewährleisten.

In diesen Zusammenhang gehört auch, dass wir als rot-grüne Regierungskoalition eine Initiative in den Landtag eingebracht haben, mit der wir speziell die gemeinwohlorientierte Wirtschaft stärker unterstützen wollen. Das hat nichts mit Wachstumsbremsen zu tun, Herr Bombis, sondern ist als Anregung, als zusätzliche Schaffung von Möglichkeiten und Potenzialen gedacht, die gerade in diesem Bereich schlummern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Denn gerade bei der Energiewende, im wohnungswirtschaftlichen Wandel oder speziell bei der Nahversorgung im ländlichen Raum ist eben diese Unternehmensform von zunehmender Bedeutung.

Im ländlichen Raum hat auch das Thema „Tourismus“ eine besondere Bedeutung, die schon Herr Eiskirch angesprochen hat. Mit einem Bruttoumsatz von 31,3 Milliarden € in Nordrhein-Westfalen trägt dieser Sektor mit rund 3,5 % zum Volkseinkommen bei. Hierbei existieren und entstehen Arbeitsplätze, die in den jeweiligen Regionen dringend benötigt werden und dort einen nachhaltigen Impuls auslösen. Deshalb begrüßen wir die Erhöhung der Förderung des Tourismus um 400.000 € ausdrücklich und bringen damit zum Ausdruck, dass die Destination Nordrhein-Westfalen für uns trotz knapper Kassen eine besondere Aufmerksamkeit erfährt.

Meine Damen und Herren, ich will nur kurz auf die neue EU-Förderperiode eingehen und nicht wiederholen, was Kollege Eiskirch dazu bereits ausgeführt hat. Es war eine wirklich gute Nachricht für Nordrhein-Westfalen, dass es offenbar für die Jahre 2014 bis 2020 mehr Geld im Rahmen des EFRE-Förderprogramms gibt.

Insgesamt schaffen wir mit diesem Haushaltsentwurf und den dort abgebildeten Prioritäten die Voraussetzungen, die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens nachhaltig positiv zu beeinflussen. Das tun wir vor dem Hintergrund der unklaren wirtschaftlichen Lage in Europa und der Notwendigkeit zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, die wir als Rot-Grün sehr ernst nehmen.

(Widerspruch von der FDP)

Aber leider fehlt die Ernsthaftigkeit bei den Einsparvorschlägen der CDU komplett. Eher scheint dort das Pi-mal-Daumen-Prinzip als mathematische

Grundrechenart zu gelten. So schlagen Sie eine Abschaffung des Tariffreue- und Vergabegesetzes vor und erwarten zusätzliche Mittel durch den Wegfall des Personals bei der Prüfbehörde.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Fragen Sie mal die Handwerker!)

Anscheinend sind der CDU in Nordrhein-Westfalen unter Einbeziehung des aktuellen Koalitionsvertrags, aber auch der FDP Dinge wie die Einhaltung von Mindestlohn, die Frauenförderung, die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Ausschluss von Kinderarbeit und ausbeuterischen Arbeitsverhältnissen bei der Produktion im Ausland und weitere Maßnahmen zur fairen Beschaffung nichts wert. Das finde ich sehr schade.

(Beifall von den GRÜNEN)

Der zweite Vorschlag mit wirtschaftspolitischem Bezug hat es aber in sich. Sie schlagen im Kapitel Steuern eine Erhöhung des Baransatzes um 50 Millionen € vor und begründen das mit neuen Wachstumsimpulsen durch eine von Ihnen geplante Umsetzung der wirtschaftspolitischen Empfehlung des Beratungsunternehmens McKinsey. Ich empfinde diese Art der Herangehensweise und Operationen im politischen Raum jedoch als schlichte Arbeitsverweigerung. Denn die reine Übernahme von Handlungsempfehlungen einer Beratungsfirma ist für mich wirklich keine große Herausforderung.

(Zuruf: Das machen die doch immer so!)

Was die Kurzstudie von McKinsey allerdings ausweist – und das ist wirklich ein richtiger und wichtiger Gedanke, den man in Zukunft betrachten muss – ist der Gedanke, dass es industriepolitisch wichtig ist, das Thema „Recycling“ noch einmal etwas genauer zu beleuchten. Dazu reicht der Gedanke an eine einzige Recyclinganlage aber nicht aus. Das wäre zu kurz gegriffen bzw. eine zu einfache Darstellung dieses richtigen Ansatzes. Von wirklicher industriepolitischer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen ist ein nachhaltiges, industrielles Stoffstrommanagement. Und in diesem Punkt gilt es zukünftig vor allem diejenigen Lücken zu schließen, die sich zwischen der technischen Machbarkeit und der Wirtschaftlichkeit auftun. Und auch Minister Duin hat diesbezüglich bereits darauf hingewiesen, dass die Landesregierung dort tätig sei.

Wo also sollen die 50 Millionen € herkommen, die Sie herbeifantasieren? Nordrhein-Westfalen braucht einen verlässlichen politischen Partner und eine Landesregierung, die einen eindeutigen, klaren Kurs fährt. Und ich finde, an diesem Haushalt wird eines klar: Das ist Rot-Grün, und es sind nicht die Damen und Herren auf der rechten Seite dieses Plenums. – Vielen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank Frau Kollegin Dr. Beisheim. – Für die Piraten spricht Herr Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Verehrte Zuschauerinnen und Zuschauer, Unternehmerinnen und Unternehmer! Ich möchte dem Kollegen Eiskirch gerne noch eine Antwort geben, denn es ist schwierig, im Rahmen meiner Intervention direkt auf ihn zu antworten.

Ausstattung und Schwerpunktsetzung des EFRE-Programms werden doch zwischen der Landesregierung und der Kommission verhandelt. Ich kann also nicht glauben, dass die Regierung jetzt wirklich keinen Einfluss darauf gehabt hätte, diese Schwerpunktsetzung vorzunehmen.

(Vereinzelt Beifall von der CDU)

Und außerdem entscheidet die Kommission nicht völlig alleine über diese Umstände. Das wollte ich noch hinzufügen.

Liebe Kollegen, als wir an diesem Ort über den Wirtschaftshaushalt des Jahres 2013 geredet haben, haben wir Piraten dem Wirtschaftsminister Duin Mutlosigkeit vorgeworfen. Dieser Vorwurf war in der Rückschau falsch und unbegründet.

(Zuruf von der SPD: Das habe ich früher bei Frau Thoben auch!)

Mutlosigkeit ist das falsche Wort, Tatenlosigkeit trifft es besser.

(Beifall von den PIRATEN)

Eine Wirtschaftspolitik, die diesen Namen verdient, findet in diesem Land nicht statt. Dieser Befund muss sich jedenfalls aufdrängen, wenn man unter Wirtschaftspolitik den Anspruch versteht, wirtschaftliche Entwicklungen aus der Politik heraus aktiv mitzugestalten. Wenn man darunter versteht, Einfluss darauf zu nehmen, wie sich die Wirtschaft in diesem Land entwickelt, dann kommt man unweigerlich zu dem Schluss: Dieser Wirtschaftsminister macht sein Ministerium zunehmend überflüssig.

Wenn ein Wirtschaftsminister hingegen vor allem rhetorische Aufgaben hat, wie Herr Duin das vor einiger Zeit selbst formuliert hat, muss man sagen: Schlecht macht er das nicht. – Wir finden allerdings, dass sich Regierungspolitiker an ihren Taten messen lassen sollten. Und in dieser Hinsicht erkennt man schon aus der Ferne: Es gibt nicht allzu viel zu sehen.

Nun, es ist definitiv nicht so, dass das Wirtschaftsministerium nichts tun würde. Im Gegenteil, es kümmert sich verlässlich um die Durchleitung von EU- und Bundesförderungsmitteln. Das ist eine wichtige Aufgabe. Schließlich besteht quasi die gesamte Wirtschaftsförderung des Landes in der Verteilung dieser Gelder. Doch auch hier wird deutlich:

Mit bewusster Gestaltung hat das nichts zu tun. Wenn es Geld von der EU gibt, dann freut sich der Herr Minister, und wenn nicht, dann eben nicht.

Wenn wir angeregt haben, sich bei den Verhandlungen über EU-Fördermittel für bestimmte Themen einzusetzen – ich sprach die Breitbandförderung bzw. den Breitbandausbau, der in Nordrhein-Westfalen wirklich katastrophal langsam ist, schon an –, dann haben wir von Minister Duin dazu nur ein Achselzucken bekommen.

Aber halt! Ich tue dem Minister unrecht. Beim Breitbandausbau ist Bewegung zu spüren; denn der Minister hat vor etwas mehr als einem halben Jahr tatsächlich angekündigt, unverzüglich einen runden Tisch zu diesem Thema einzuberufen. Bei der sonstigen Tatenlosigkeit wird einem fast schwindelig. Nach der Ankündigung haben wir allerdings sechs Monate lang gar nichts von diesem Gremium gehört. Also haben wir Piraten nachgefragt und die Antwort bekommen, man werde schon bald die ersten Experten einladen. Donnerwetter, schon nach sechs Monaten!

Dieser Stil steht stellvertretend für die übrige Abwesenheit von Ambition und Gestaltungswillen. Welche Themen gäbe es denn noch, für die sich Herr Duin einsetzen könnte? Da wären zum Beispiel landeseigene Förderprogramme, also die Programme, die das Land ausschließlich alleine finanziert. Hier hätte das Land Möglichkeiten, eigene Impulse zu setzen, und zwar unabhängig von den anscheinend so strengen Vorgaben aus Brüssel. Und gibt es diese Schwerpunkte von Herrn Minister Duin? – Raten Sie einmal!

Wie wäre es mit der von Politikern so wortreich beschworenen Kreativwirtschaft? Das Wirtschaftsministerium hat vor gar nicht allzu langer Zeit eine Studie zu diesem Thema erstellen lassen, den Kreativ-Report NRW. Die Studie ist gelungen, die Analyse präzise. In NRW gibt es im Bereich Kreativwirtschaft noch echte Schätze zu heben. Hier liegt ein enormes Potenzial für Wirtschaft und Beschäftigung, nicht zuletzt, weil Impulse aus der Kreativwirtschaft weit in andere Wirtschaftsbereiche hineinstrahlen. Ich vermute, Herr Minister Duin würde mir diesbezüglich zustimmen.

Präsidentin Carina Gödecke: Entschuldigen Sie, dass ich Sie unterbreche. Der Kollege Eiskirch würde Ihnen gerne eine Zwischenfrage stellen.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ja, gerne.

Thomas Eiskirch (SPD): Verehrter Kollege Schwerd, ist es richtig, dass Sie im Laufe dieser oder der letzten Woche mit dem für den EFRE zuständigen Herrn Dufeil von der Europäischen Kommission an einer Veranstaltung teilgenommen haben, in der deutlich gemacht worden ist,

dass zwar kleinteilige Fragestellungen des Breitbandausbaus aus dem EFRE unterstützt werden können, dass aber das, worum es uns im Kern geht, nämlich sozusagen das Ausrollen in die Fläche bzw. der wirkliche Ausbau nur dort möglich sind, wo Marktversagen festgestellt wird? Das ist aus Sicht der Kommission in Nordrhein-Westfalen nur der ländliche Raum. Deswegen könnte nicht der EFRE, sondern nur der ELER zur Verfügung stehen.

Mich würde, wenn Sie das dort bei dieser Veranstaltung mitbekommen haben, interessieren, warum immer weiter versucht wird, einen anderen Eindruck zu erwecken, der schlicht und ergreifend unrichtig ist.

Präsidentin Carina Gödecke: Herr Kollege Eiskirch, Zwischenfragen relativ kurz! – Herr Kollege Schwerd.

Daniel Schwerd (PIRATEN): Ja, ich habe an dieser Veranstaltung teilgenommen. Das wäre die Antwort auf die Frage.

(Beifall von den PIRATEN)

Selbstverständlich hat er gesagt, eine flächendeckende Nutzung des EFRE-Programms sei in dem Zusammenhang nicht vorgesehen. Das war nicht die Intention.

Aber erstens ist die flächendeckende Ausrollung dieses Programms ja auch über andere, nämlich zum Beispiel über landeseigene Fördermittel möglich.

Zweitens. Das mit dem ländlichen Raum kann man dadurch regeln, dass man sich darauf konzentriert: Wo sitzen denn zum Beispiel kleine und mittelständische Unternehmen? Wo findet denn Forschung statt? Die findet ja nicht nur auf dem platten Land statt. Auch die muss eine Breitbandförderung bekommen. Das kann sie über die entsprechenden EFRE-Programme.

Lassen Sie mich fortführen. Welche Konsequenzen zieht der Wirtschaftsminister aus der Feststellung, dass die Kreativwirtschaft so wichtig ist? – Keine spürbaren. Immer noch wird die Kreativwirtschaft mit nur wenigen Cents pro Arbeitsplatz gefördert. Das ist viel zu wenig, wenn man da einen Effekt erreichen will.

Wo wir schon bei Effekten sind: Was wissen wir bislang über Effizienz und Effektivität von Wirtschaftsförderung? Auf dem Papier sieht Vieles sicherlich sehr gut aus. Aber wie stark unterscheidet sich das Abschneiden geförderter Unternehmen verglichen mit nicht geförderten Betrieben? Ich glaube, hier können wir noch viel Potenzial heben.

Zudem gilt es, langfristige Ziele nicht aus den Augen zu verlieren. Selbst ein Wirtschaftsminister soll-

te langsam eingestehen, dass unsere wirtschaftspolitischen Zielkoordinaten nicht nur in der Steigerung des Bruttoinlandsproduktes liegen können. Es wird höchste Zeit, auch andere Indikatoren für wirtschaftliches Wohlergehen zu finden als bloßes Wachstum. Wie wäre es mit Nachhaltigkeit, Lebensqualität, vielleicht sogar Glück?

(Beifall von den PIRATEN)

Gestatten Sie mir da ein bisschen Gutgläubigkeit.

Der Wirtschaftsminister könnte hier vorangehen. Er könnte richtig Politik machen. Er könnte in seinem Ministerium Pläne entwickeln und Ideen, wie wir in Zukunft leben wollen, wie wir leben können, wenn wir die Grenzen des Wachstums erreichen. Denn eines ist klar: Unbegrenzt Wachstum ist nicht möglich.

Sie sehen also: Es gäbe eine Menge Möglichkeiten und eine Menge Themen, mit denen man zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik machen könnte.

Ich kenne den Grund nicht, warum das nicht passiert. Ich stelle fest: Bisher hat sich sein Ministerium in erster Linie als Verwaltungsapparat betätigt. Es fehlt der Wille, dicke Bretter zu bohren. Stattdessen beschränken wir uns also auf die Durchleitung von Fördermitteln. Das ist aber keine Politik. Das ist Verwaltung. Ein Wirtschaftsministerium, das nur noch Verwaltungsministerium ist, macht sich überflüssig. Sollte dieser Trend anhalten, gründen wir doch lieber ein Internetministerium mit einem echten Minister an der Spitze. Das würde dem Land wesentlich mehr nützen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Ein Glücksministerium!)

Es könnte Wirtschaftshemmnissen vorbeugen wie die Wirtschaftsspionage durch die NSA, die mangelnde Verfügbarkeit von Breitband abbauen. Es könnte die Verfügbarkeit freier Netzzugänge erhöhen. Es könnte sich beispielsweise für Plattformneutralität einsetzen. Es könnte Wirtschaftsförderung betreiben durch offene Standards und Unterstützung neuer Softwaresicherheit made in Germany.

(Beifall von den PIRATEN)

Für die Durchleitung von EU-Fördermitteln gründen wir dann ein Durchleitungsamt. Das haben die Beamten dort mit Sicherheit gut im Griff.

Die Abwicklung des Kohlebergbaus übernimmt das Umweltministerium. Die Energiewende ist dank des „tatkräftigen“ Einsatzes von Frau Kraft sowieso erst mal gestorben. Wozu auch auf saubere Energien setzen und auf Zukunftsorientierung, wenn wir die alten Kohlekraftwerke solange wie möglich weiterlaufen lassen können? Das ist nämlich genau das, was Frau Kraft auf Bundesebene mit den Kollegen der CDU ausgewürfelt hat.

„SPIEGEL ONLINE“ zitierte dazu einen Lobbyisten der Kraftwerksbranche, der sagte: „Frau Kraft macht gerade meinen Job.“ – Gut zu wissen. Die Bezeichnung „Kohlekraft“ erhält hier eine ganz neue Bedeutung.

(Beifall von den PIRATEN – Dietmar Brockes [FDP]: Energie kommt gleich erst!)

Statt auf Modernisierung und auf innovative Wirtschaft setzen Kraft und Duin auf Rückschritt und die Energieerzeugung des letzten Jahrtausends. Das erhält uns kurzfristig möglicherweise jetzt ein paar Arbeitsplätze, aber gleichzeitig gehen in anderen Bereichen Arbeitsplätze verloren.

(Vorsitz: Vizepräsident Eckhard Uhlenberg)

Langfristig wird uns diese Politik ins wirtschaftspolitische Abseits führen. Immerhin: Das ist natürlich auch eine Art Wirtschaftspolitik, aber keine, die wir gutheißen können. Ins Abseits sollten wir uns nicht stellen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Schwerd. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um es gleich vorweg zu sagen: Wir diskutieren hier den Haushalt. Dieser ist insgesamt, aber gerade auch mit Blick auf die von uns beabsichtigte vorausschauende Wirtschaftspolitik sehr solide. Er hängt eben nicht irgendwelchen realitätsfremden Träumen nach.

Das, was Herr Schwerd hier gerade zum Besten gegeben hat, zeigt ja, dass er offensichtlich höchst selten mit der betrieblichen Realität in Kontakt kommt.

(Beifall von der SPD)

Denn damit hat das, was Sie hier vorgetragen haben, gar nichts zu tun.

Wir machen einen Haushalt und eine vorausschauende Wirtschaftspolitik, die eine solide Substanz haben.

Es ist in der Tat so, wenn das hier auch gerade kritisiert worden ist: Man merkt nicht nur in den letzten Wochen, sondern ganz grundsätzlich, dass NRW wieder Bedeutung in der Bundesrepublik Deutschland hat. Das gilt sowohl für die Wirtschaft als auch für den politischen Einfluss, den wir in wirtschaftspolitischen Fragen nehmen können.

Meine Damen und Herren, heruntergebrochen aus der Überschrift der vorausschauenden Wirtschaftspolitik geht es in der Tat um vier zentrale Themen.

Die finden sich in Nordrhein-Westfalen wie auch – davon bin ich überzeugt – künftig auf der Bundesebene wieder. Das ist das Thema „Innovation“. Das ist das Thema „Investition“. Es geht um die Integration in den Arbeitsmarkt, und es geht um Internationalisierung.

Über die ersten beiden Themen ist hier gerade schon gesprochen worden. Sie hängen natürlich aufs Engste miteinander zusammen. Es geht um Innovationen, weil wir mehr private und öffentliche Ausgaben in Forschung und Entwicklung brauchen, um unsere Spitzenposition, die wir in weiteren Teilen haben, zu verteidigen oder auch auszubauen. Wenn wir ein wettbewerbsfähiger Industrieproduktionsstandort bleiben wollen, wenn es darum geht, neue Arbeitsplätze in industriebezogenen und wissensbasierten Dienstleistungen zu schaffen, sind diese Investitionen in Innovation unausweichlich.

Herr Wüst hat vorhin noch einmal die gar nicht in Abrede zu stellenden Zahlen genannt. Beim Studium dieser Zahlen wird er auch festgestellt haben, dass wir dort, wo es um Investitionen in Forschung und Entwicklung geht, kein Defizit bzw. kein Nachhinken im öffentlichen Bereich haben. Im Gegenteil: Diese Landesregierung steht für zusätzliche Investitionen in Forschung und Entwicklung aus dem öffentlichen Bereich. Nachholbedarf haben wir im privaten Bereich. Wir sollten nur zur Klarstellung auseinanderhalten, dass dieser Bereich nachhinkt. Die privaten Investitionen in Forschung und Entwicklung brauchen einen deutlichen An Schub. Ich glaube, dass wir jetzt auch dafür Grundlagen legen können.

Darüber hinaus geht es, wenn Investitionen ausgelöst werden sollen, insbesondere um Planungssicherheit. Wenn ein Unternehmen weiß, wie die politischen Rahmenbedingungen in den nächsten Jahren sind und auf was es sich verlassen kann, werden diese Investitionen auch getätigt. Über das Thema „Energie“ und die Planungssicherheit in diesem Bereich werden wir beim kommenden Tagesordnungspunkt noch zu sprechen haben.

Das gilt aber genauso für die Modernisierung der Infrastruktur. Infrastruktur – das wissen wir alle – betrifft nicht nur – so wichtig er ist – den Bereich des Verkehrs, sondern hat zum Beispiel auch etwas mit dem Thema „Breitband“ zu tun. Darüber ist hier heute Morgen schon ausführlich diskutiert worden.

Des Weiteren geht es beim Thema „Integration in den Arbeitsmarkt“ um Fachkräfte und die Steigerung der Frauenerwerbsquote. Auch das hat in der schon mehrfach genannten Studie eine wichtige Rolle gespielt und findet sich in unserer Politik wieder. Es geht aber auch um Tarifeinheit, Tarifbindung und Tariftreue.

Da die CDU den Vorschlag, der besagt, dass man alle Probleme dieser Welt am besten damit lösen kann, indem man das Tariftreue- und Vergabegesetz in Nordrhein-Westfalen wieder abschafft, den

sie hier eingebracht hat, nicht zum ersten Mal gemacht hat, sage ich Ihnen noch einmal mit aller Klarheit: Mir ist es nicht egal, nach welchen Maßstäben die öffentliche Hand ihr Geld ausgibt, wenn sie Aufträge vergibt.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen haben wir diese klaren Regelungen. Wir werden sie auch auf anderen Ebenen – das ist ebenfalls schon erwähnt worden – verfolgen.

Besonders wichtig ist mir das Thema „Internationalisierung“. Große Teile unserer Wirtschaft machen sich auf den Weg in die EU und darüber hinaus in neue Märkte. Sie wollen diese Chancen auf den europäischen Absatzmärkten nutzen, aber auch außerhalb unseres Kontinents. Auf diesem Weg müssen wir sie begleiten. Entsprechende unterstützende Maßnahmen finden Sie in unserem Haushalt.

Entscheidend ist, dass wir in Wertschöpfungsketten denken und die Netzwerkstrukturen erkennen, welche die deutsche Industrie und die deutsche Wirtschaft in ihre gute Position gebracht haben. Deswegen haben wir eine Leitmarktstrategie sowie die Cluster, und deswegen führen wir Unternehmen, Forschung, Ausbildung, Zulieferer und Weiterverarbeiter zusammen.

Dies ist eine Strategie, auf die inzwischen auch in anderen Bundesländern sehr genau geschaut wird und die wir, wenn wir die 185 Seiten genau lesen, jetzt auch mit denselben Themen und denselben inhaltlichen Schwerpunkten auch auf der Bundesebene wiederfinden. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir neue Themen – wie beispielsweise Industrie 4.0 oder Elektromobilität – dazu bekommen haben, von besonderer Bedeutung. Wenn wir hier – bei Industrie 4.0 und Elektromobilität – vorne sein wollen, ist es richtig, im Rahmen dieser Leitmarktstrategie auch die EU-Förderprogramme auf diese Themen hin zu konzentrieren; und das machen wir mit diesem Haushalt.

Das neue EFRE-Programm – es ist schon mehrfach angesprochen worden – ist das wichtigste wirtschafts- und strukturpolitische Programm in Nordrhein-Westfalen.

Dazu noch ein Hinweis für Herrn Schwerd, der immer davon sprach, wenn man irgendetwas mit dem EFRE nicht machen könne, könne es mit landeseigenen Mitteln getan werden. – Sie könnten das, wenn Sie in Regierungsverantwortung wären, ganz anders machen; aber ich glaube nicht, dass Sie da viele Möglichkeiten finden werden.

Ich will das nur einmal in Relation zueinander setzen: Wir bekommen – das ist ein großer Erfolg auch unserer Politik – gemeinsam mit anderen Akteuren auch für die kommenden sieben Jahre rund 1,2 Milliarden € allein für den Bereich des EFRE. An frei verfügbaren Landesmitteln haben wir in meinem Haushalt rund 29 Millionen € zur Verfügung. Ich ha-

be das nebeneinandergestellt, damit Sie die Größenordnung sehen und wissen, welches Geld noch übrig ist – wir kofinanzieren ja das EU-Geld –, um Dinge mit eigenem Geld zu fördern. Wer da den Eindruck erweckt, dass das, was Sie hier gefordert haben, damit bewerkstelligt werden könnte, liegt völlig falsch.

Entscheidend für die Wachstumsentwicklung in unserem Land ist Folgendes: Wenn wir den EFRE als ein zentrales Mittel nutzen wollen, ist weniger Bürokratie, mehr Transparenz und vereinfachte Förderung erforderlich. Genau das setzen wir so gut und so schnell um wie niemand sonst. Wir sind das Bundesland, das beim EFRE in Brüssel am weitesten ist. Im Vergleich zu allen anderen Fonds sind wir diejenigen, die am weitesten sind. Die Verhandlungen können quasi schon abgeschlossen werden, um dann möglichst zeitnah mit der entsprechenden Förderung in der kommenden Förderperiode zu beginnen.

Wir führen Pauschalen ein, damit es weniger kompliziert wird. Wir erleichtern das Vergaberecht, und wir verringern die Zahl der Stellen, die dort beteiligt sind, von über 100 auf unter zehn. Wir erleichtern die zweckgebundenen Spenden und das bürgerschaftliche Engagement, damit das als Eigenanteil anerkannt werden kann.

Außerdem werden wir eine gemeinsame Rahmenrichtlinie einführen, in der EU- und Landesrecht harmonisiert werden, damit es dort nicht Doppelungen oder zusätzlichen bürokratischen Aufwand gibt. All das hilft insbesondere kleinen und mittelständischen Unternehmen.

Wer sich die Evaluierung der bisherigen Förderung ansieht – die gibt es nämlich; danach wurde gefragt –, sieht, dass die Abbrecherquote bei kleinen und mittelständischen Unternehmen, die sich an solchen Programmen beteiligen, viel zu hoch ist, weil die irgendwann – auf gut Deutsch gesagt – „die Schnauze davon voll haben“, dass es ihnen zu kompliziert ist. An diesem Punkt setzen wir sehr konsequent an und werden das entsprechend verändern.

Hinzu kommt, dass wir – darauf hat Herr Eiskirch schon hingewiesen – im Rahmen der Förderpolitik den Anteil bei den GRW-Mitteln von jährlich 24 Millionen € auf 36 Millionen € haben steigern können. Des Weiteren wurde die Gebietskulisse erweitert. Außerdem kommt hinzu, dass wir in Kooperation mit dem Wissenschaftsministerium die Mittel aus „Horizon 2020“ zur Verfügung haben. Dort achten wir ebenfalls darauf, dass Bürokratie abgebaut wird und Regionen gestärkt werden.

Letzter Punkt, zu den Themen „Bürokratieabbau“ und „Wachstumsbremsen“, von denen Herr Bombis gesprochen hat:

Es ist auf dem Gründergipfel vor wenigen Wochen noch einmal deutlich gemacht worden: Wir sorgen

dafür, dass der für viele Gründer lästige Papierkram bei der Gewerbeanmeldung bald Geschichte sein wird. Wir schieben die elektronische Gewerbeanmeldung kräftig an und setzen damit Maßstäbe für eine moderne, kostengünstige Verwaltung. Unternehmen können die erforderlichen Formalitäten bei der Anmeldung eines Gewerbes künftig mit einem Klick erledigen. Das erspart der Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen alleine fast 4 Millionen € im Jahr.

Darüber hinaus ist in diesem Haushalt beim Thema „Tourismus“ und beim Thema „Außenwirtschaft“ bei der Präsenz unserer kleinen und mittelständischen Unternehmen auf den entscheidenden Messen ein Schwerpunkt gesetzt worden. Im Handwerk gibt es die Fortsetzung der Handwerksinitiative 1.0 durch die Handwerksinitiative 2.0. Die findet sich dort insbesondere unter Berücksichtigung des Themas „Meistergründungsprämie“ wieder. Last, but not least findet zum ersten Mal das Thema „Kreativwirtschaft“ einen eigenen Titel, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Piraten. Wir holen sie aus dem Unscheinbaren heraus und helfen ihr, sich zu vernetzen. Wir treiben den Leitmarkt Kreativwirtschaft voran. Das dokumentieren wir durch entsprechende Summen in diesem Haushalt.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, deswegen geht von diesem Haushalt ein klares Signal zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Nordrhein-Westfalen aus.

Wenn Herr Bombis behauptet, Themen wie „Mindestlohn“, „Mietbremse“ oder „Rente nach 45 Jahren Arbeitstätigkeit“ seien eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, dann kann ich nur sagen: Das ist keine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik, sondern das ist Politik für die Menschen in diesem Land.

(Beifall von der SPD)

Hätten Sie sich mit dieser Realität näher auseinandergesetzt, wären Sie vielleicht auch nicht aus dem Bundestag geflogen.

(Widerspruch von Ralph Bombis [FDP])

Ihre Konzepte sind die Konzepte von gestern. Wir machen eine zukunftsorientierte, eine vorausschauende Wirtschaftspolitik.

(Christof Rasche [FDP]: Steuererhöhungen!)

Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Ich weise Sie darauf hin, dass die Landesregierung ihre Redezeit um gut eine Minute überschritten hat, sehe aber keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Teilbereich mehr.

Damit kommen wir zum

Teilbereich Energie

Ich erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Kufen das Wort.

Thomas Kufen (CDU): Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Zuschauerinnen und Zuschauer! Der Einzelplan 14 steht zur Debatte. Mit rund 322 Millionen € machen die Zuschüsse für die Steinkohle einen großen Teil dieses Einzelplans aus. Es geht um einen Bereich, der stetig abnimmt. Im Zusammenhang mit Subventionen ist die Steinkohle in den letzten Jahren immer weniger in Verbindung gebracht worden. Das bedeutet aber nicht, dass das Thema „Kohle“ – Steinkohle wie Braunkohle – aus der Welt wäre.

So wird im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und SPD auf Bundesebene genau festgeschrieben, dass konventionelle Kraftwerke als Teil des Energiemixes auf absehbare Zeit unverzichtbar sein werden. Wir als CDU-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen halten das für sinnvoll und realistisch, denn insbesondere solange wir die Fragen der Speicherung, der Kostengünstigkeit und ausreichenden Bevorratung nicht gelöst haben, brauchen wir konventionelle Kraftwerke.

Deshalb ist gerade unter diesem Gesichtspunkt der Koalitionsvertrag auf Bundesebene für uns zufriedenstellend. Wichtig ist – das müssen wir in Nordrhein-Westfalen vielleicht stärker in den Fokus rücken –, dass wir den Dreiklang aus Klimaverträglichkeit, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit auf Augenhöhe brauchen.

(Beifall von der CDU)

Mit Blick auf Bezahlbarkeit haben wir ein gutes Signal für die Unternehmerinnen und Unternehmer sowie die Verbraucherinnen und Verbraucher in diesem Land gesendet. Jetzt geht es um Verlässlichkeit und Planbarkeit.

Eine weitere Lehre aus den Berliner Verhandlungen ist: Es geht nicht nur um das, was der Bund macht und was die Länder untereinander verabreden, sondern es geht am Ende auch darum, was jedes einzelne Bundesland – wie zum Beispiel Nordrhein-Westfalen mit seinen 396 Kommunen – macht. Das ist am Ende die Frage, die der Wirtschaftsminister in diesem Land zu beantworten hat.

Die Rolle der Länder ist auch und gerade mit klarer Ansage aus den Koalitionsverhandlungen von CDU, CSU und SPD gestärkt worden. Ich bin gespannt darauf, wie sich der Koalitionsvertrag in Nordrhein-Westfalen auswirken wird. Dabei geht es um Fragen wie Datteln 4, den Tagebau in Garzweiler, die Entlastung der energieintensiven Betriebe. Zum Thema „Datteln 4“ haben wir vonseiten der Landesregierung bis heute keine Klarheit.

(Beifall von der CDU)

Herr Duin, es wäre heute auch Ihre starke Stunde gewesen, wenn Sie die Klarheit, die Sie immer von anderen einfordern, in Nordrhein-Westfalen selber praktizieren würden.

(Beifall von der CDU)

Trotzdem möchte ich versöhnlich sein und insbesondere die Kollegen der SPD loben. Schaut man sich nämlich den Koalitionsvertrag an, gibt es mit Blick auf die Photovoltaik eine deutliche Lernkurve bei den Sozialdemokraten. Im Koalitionsvertrag von Rot-Grün hieß es noch, die unberechenbare Politik der Bundesregierung zur Photovoltaikvergütung sei ein Angriff insbesondere gegen die Solarwirtschaft, den Mittelstand und das Handwerk.

Jetzt lesen wir plötzlich – mit handschriftlicher Genehmigung von Ministerpräsidentin Kraft –: Die jetzt geltende Regelung hat sich bewährt und wird beibehalten. – Herzlichen Glückwunsch, liebe Sozialdemokraten, zu dieser Lernkurve!

(Beifall von der CDU)

Allerdings bereitet uns ein anderes Thema Sorgen: Wie erreichen wir in Nordrhein-Westfalen das gemeinsam verabredete Ziel eines 15%igen Anteils der Windenergie? Das ist ein Thema, das quer durch die Fraktionen und Parteien geht. Wenn es beispielsweise wie jüngst um Repowering und Artenschutz geht, haben wir erlebt, dass daran ganze grüne Ortsgruppen scheitern, sich zerlegen und auflösen. Das bescheinigt uns gerade die „WirtschaftsWoche“ für Rheinland-Pfalz.

(Dagmar Hanses [GRÜNE]: Das stimmt gar nicht!)

Insofern sagen wir ganz klar: Wer das entsprechend will, braucht eben auch einen Konsens in diesem Landtag. Dazu sind wir bereit. Wir wollen nicht die Blockade, sondern das gute Miteinander.

Die Rolle Nordrhein-Westfalens ist mit dem Abschluss der Koalitionsverhandlungen in Berlin nicht beendet worden. Wir als CDU in Nordrhein-Westfalen finden, die Rolle Nordrhein-Westfalens als gelingender Teil der Energiewende beginnt jetzt erst. Das ist die Stunde der Landesregierung. Zumindest könnte sie es sein, wenn Sie Klarheit und Wahrheit, Verlässlichkeit und Bezahlbarkeit in Ihrem täglichen Regierungshandeln endlich einlösen würden. Das fehlt an dieser Stelle.

(Beifall von der CDU)

Lassen Sie uns deshalb festhalten: Zum Gelingen der Energiewende ist das angezeigt, was wir jetzt festgeschrieben haben – Schritt für Schritt Verlässlichkeit, Planbarkeit und Solidität. Die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen muss – um in der Energiesprache zu bleiben – noch deutlich Briketts nachlegen, um das einzulösen, was uns jetzt auf

Berliner Ebene gelungen ist. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Kufen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege van den Berg.

Guido van den Berg (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kufen, ich finde es schön, zu sehen, wie Lernkurven sich vollziehen. Vor einem knappen Monat, am 31. Oktober 2013, haben wir im Wirtschaftsausschuss in einer Sondersitzung zusammengesessen. Ich erkenne deutlich an, dass sich seitdem einiges getan hat, was den Erkenntnisprozess angeht. Sie sagen jetzt, das Wichtigste sei, endlich Planbarkeit herzustellen. Wir wissen genau, wie oft wir dies eingefordert haben. Ich bin jetzt anderthalb Jahre in diesem Landtag und kann nur deutlich sagen: Das war das Leitmotiv. Wir haben ganz lange gefordert, dass endlich Verlässlichkeit und Planbarkeit in die Energiepolitik hineinkommen. Jetzt geht es los – und jetzt fangen Sie an, das zu loben. Das ist wunderbar. Vielen Dank dafür!

(Beifall von der SPD – Thomas Kufen [CDU]: Deshalb stimmen Sie mit Ja! – Josef Hovenjürgen [CDU]: Sehr gut!)

Ich will einmal die Parteipolitik beiseitelassen. Das Interessante ist ja, jetzt wirklich einmal zu gucken: Gibt es ein stimmiges Konzept zwischen dem, was wir in der Energiepolitik hier in Nordrhein-Westfalen aufgesetzt haben, und dem, was jetzt in Berlin verhandelt worden ist?

Als ich das entsprechende Kapitel des Koalitionsvertrages aufschlug, war ich ganz begeistert; denn direkt in den ersten Zeilen heißt es, dass Klimaschutz ein Fortschrittsmotor sein soll. Auch das ist eine Vokabel, die hier lange von verschiedenen Seiten bekämpft worden ist. Das ist jetzt offenbar auch Konsens geworden, Herr Kufen. Ich halte das für einen guten Fortschritt.

Dann liest man weiter und stößt darauf, dass der Bund auch einen Klimaschutzplan anstrebt. Der Bund sagt:

„In Deutschland wollen wir die weiteren Reduktionsschritte ... festschreiben und in einem breiten Dialogprozess mit Maßnahmen unterlegen ...“

Herr Kufen, auch das eine gute Lernkurve. Da sind wir uns einig, denke ich.

Gehen wir dann weiter in die Tiefe und schauen uns die Ausbaukorridore für die erneuerbaren Energien an. Auch dort passen die Dinge, die wir in NRW festgelegt haben – 30 % bis 2025 –, und das, was im Bund jetzt formuliert worden ist, gut zusammen. Im Koalitionsvertrag auf Bundesebene heißt es:

„Der weitere Ausbau der Erneuerbaren Energien erfolgt in einem gesetzlich festgelegten Ausbaukorridor: 40 bis 45 Prozent im Jahre 2025, 55 bis 60 Prozent im Jahr 2035.“

Das bringt Planbarkeit in die Geschichte hinein. Es macht auch deutlich, dass wir noch sehr lange auf der Strecke Residuallasten brauchen. Das heißt, dass wir konventionelle Kraftwerke für die Zeiten benötigen, in denen der Wind nicht weht und die Sonne nicht scheint.

Das steht auch nicht im Widerspruch zu dem, was wir in Nordrhein-Westfalen festgelegt haben; denn schaue ich in den NRW-Koalitionsvertrag, finde ich dort auf Seite 42 den wichtigen Satz:

„Kohlekraftwerke werden noch für eine längere Zeit einen Beitrag zur Strom- und Wärmeversorgung leisten.“

Die Aufgabe ist jetzt, den Energy-only-Markt für die konventionellen Energien mit einem dann reformierten EEG zusammenzubringen. Ich glaube, dass die Möglichkeiten dafür nicht schlecht stehen und wir dort auf einem guten Weg sind.

Der Koalitionsvertrag zeigt auch, dass wir kein Carbon Leakage wollen, also keinen Export von Umweltlasten in andere Länder. Vielmehr möchten wir, dass das EEG europarechtskonform reformiert wird, dass danach auch Ausnahmen für Unternehmen definiert werden, die im internationalen Wettbewerb stehen, und dass der europäische Zertifikatshandel für Treibhausgase geregelt wird, sodass Anreize für Investitionen möglich sind und innovative, klimaschonende Technologien gefördert werden.

Meine Damen und Herren, da liegt viel vor uns. Wir brauchen Infrastrukturplanung und einen Ausbau der Netze. Das Thema „Direktvermarktung“ wird jetzt angegangen. Die Systemverantwortung der Erneuerbaren wird definiert. Das alles erfolgt Schritt für Schritt und aufeinander aufbauend. Ich halte es für das Entscheidende, dass wir dadurch jetzt Investitionssicherheit, die lange weg war, in das System hineinbringen.

Ich fand es vorhin schon ein bisschen lustig, wie die FDP sich an dieser Stelle positioniert. Sie muss ja ihre Rolle als neue APO jetzt ein bisschen über NRW suchen. Eines ist aber ganz sicher, Kollege Bombis: Die Amnesie, die Sie in der Energiepolitik hatten, führt nicht zur Amnestie. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wollen die Wettbewerbsfähigkeit im Blick haben. Wir wissen, dass NRW vor allen Dingen ein energieintensiver Standort ist – auch auf der Abnehmerseite. Allein die drei Bayer-Werke in Nordrhein-Westfalen benötigen 3 Milliarden kWh Strom. Das entspricht der Menge von Köln, Düsseldorf und Essen zusammen, meine

Damen und Herren. Hier müssen wir eine Verantwortung erfüllen.

Ich habe jüngst bei einem Besuch des Kunststoffherstellers Dralon in Dormagen gelernt: Wenn dort nur eine Millisekunde der Strom ausfällt, stehen die ganzen Anlagen mindestens zwölf bis 14 Arbeitstage still, was zu Millionenschäden führt, weil alles gereinigt werden muss. Es ist wichtig, dort Verlässlichkeit hineinzubringen. Dazu haben wir jetzt die große Chance.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit.

Guido van den Berg (SPD): So ist es. Ich glaube aber, dass ein letzter Satz an dieser Stelle gestattet sein muss. – Der Einzelplan 14 bietet eine große Chance, weil er deutlich macht, dass wir in Nordrhein-Westfalen eine Blaupause dafür haben, wie wir Klimaschutz als Fortschrittsmotor begreifen und wie wir ein gleichseitiges Dreieck aus Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimafreundlichkeit in der Energiepolitik bearbeiten können. Das machen wir, meine Damen und Herren. Damit geht es jetzt los. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege van den Berg. Sie haben Ihre Redezeit deutlich überschritten, nämlich um eine Minute. Gestatten Sie auch, dass der Präsident darauf hinweist. Die Fraktionen haben untereinander die Vereinbarung getroffen, dass wir uns ein bisschen daran halten. Deswegen bitte ich um Verständnis. Wenn Sie dann sagen: „So ist es“, dann ist das natürlich so, aber löst das Problem nicht. Vielen Dank für Ihren Beitrag. – Für die FDP-Fraktion spricht nun der Kollege Brockes.

Dietmar Brockes (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren die Energiepolitik im Rahmen des Haushalts des Wirtschaftsministeriums. Ob das noch so richtig ist, sollte das Parlament einmal hinterfragen. Schließlich wird seitens der Landesregierung der wesentliche Teil der Energiepolitik mittlerweile aus dem Umweltministerium diktiert und findet sich dort unter dem Deckmantel des Klimaschutzes wieder, leider eben nicht im Wirtschaftsministerium.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Quatsch!)

Ich vermute, solange sich der Minister noch den Titel im Namen erlaubt, damit er bei dem Thema weiterhin mitsprechen darf, werden wir dies wohl nicht ändern.

Meine Damen und Herren, einzig und allein die Steinkohlesubventionen bilden im Haushalt noch einen wesentlichen Punkt der Energiepolitik. Es ist der FDP zu verdanken, dass diese Subventionen in den kommenden Jahren immer weiter abschmelzen werden, bis sie dann 2018 ganz auslaufen.

Ansonsten ist das, was sich im Haushalt widerspiegelt, leider symptomatisch für die Energiepolitik der Landesregierung. Die SPD und Minister Duin sagen und wollen zwar viel – einiges davon ist auch richtig –, aber sie tun es nicht. Das Handeln in der Energiepolitik liegt leider in der Hand der Grünen und des grünen Umweltministers.

(Beifall von der FDP)

Das ist, ehrlich gesagt, ein Trauerspiel für das Energieland Nummer eins, für Nordrhein-Westfalen. Ich sage: Das ist eine Katastrophe, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP und Ilka von Boeselager [CDU])

Wie sieht die Energiepolitik des Ministers konkret aus? – Sie fordern einen Masterplan für die Energiewende. Den wollten Sie eigentlich für Nordrhein-Westfalen vorlegen. Was ist? – Fehlanzeige! Dann haben Sie ihn vom Bund gefordert. Diese Forderung umzusetzen, dazu bestanden in den Koalitionsverhandlungen meines Erachtens alle Möglichkeiten. Aber im Vertrag – Fehlanzeige! Auch bei der von Ihnen geforderten Stromsteuersenkung – im Koalitionsvertrag in Berlin Fehlanzeige!

Meine Damen und Herren, die Förderung der Erneuerbaren reformieren, damit die Energiewende bezahlbar bleibt, das haben Sie, Herr Minister, zu Recht noch am 21. Oktober in der „WirtschaftsWoche“ gefordert. Ich zitiere:

„Aus Sicht des Industriestandorts NRW sage ich: Das entscheidende Kriterium muss die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen sein. Wir dürfen nicht alles dem Klimaschutz unterordnen.“

Recht haben Sie, meine Damen und Herren. Dafür haben Sie viel Prügel von Ihrem Koalitionspartner bekommen. Aber was ist daraus geworden? – Leider nichts.

Gerade bei der EEG-Förderung besteht dringender Handlungsbedarf. Dazu muss man – auch einige andere haben auf Berlin und den Koalitionsvertrag verwiesen – sagen: Dieser ist leider nur von Kleinklein und von Kleinstaaterei geprägt. – Herr Kollege van den Berg, wenn Sie so rühmen, was dort gestern vereinbart und unterschrieben wurde, dann verweise ich nur auf die „FAZ“ von heute, die getitelt hat: Das große Versagen in der Energiepolitik. – Das war nicht auf die alte Bundesregierung bezogen, sondern auf Ihren Koalitionsvertrag. Weiter heißt es dort: Die energiepolitischen Verabredungen enttäuschen in ihrer Mut- und Kraftlosigkeit. – Das ist leider so.

(Beifall von der FDP)

Frau Ministerpräsidentin Kraft rühmt sich heute in der „Rheinischen Post“ damit:

„In Sachen Energiewende soll ein sogenannter Kapazitätsmechanismus eingeführt werden. Der soll Betreiber von konventionellen Gas- und Kohlekraftwerken belohnen, wenn sie ihre unrentablen Anlagen trotzdem am Netz halten.“

Wenn man das will – das ist sicherlich ein Punkt, über den man nachdenken sollte –, dann muss man das auch durchziehen. Aber wie wird es in der Koalition aussehen, wenn das Thema in den Bundesrat kommt? – Das hat der Kollege Priggen schon längst deutlich gemacht: Dann, meine Damen und Herren, wird sich Nordrhein-Westfalen nicht dazu bekennen. Dann wird sich Nordrhein-Westfalen aufgrund der Blockadepolitik Ihres Koalitionspartners bei dem wichtigen Thema enthalten.

Das macht einmal mehr deutlich: Die Landesregierung findet bei der Energiepolitik, bei der Energiewende leider nicht statt. Sie blockiert sich selbst. Das ist für das Energieland Nummer eins, für Nordrhein-Westfalen, ein Armutzeugnis. Deshalb lehnen wir den Haushalt heute ab. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP und Ilka von Boeselager [CDU])

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. Punktgenau! – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei den Ausführungen der Kollegen von CDU und FDP fühlte ich mich ein bisschen an die Wissenschaftler aus dem „Jurassic Park“ erinnert. Die meinten auch, man könnte längst ausgestorbene Dinosaurier einfach so wieder zum Leben erwecken. Das hatte da leider ziemlich schreckliche Folgen. Daraus sollte man an der einen oder anderen Stelle in der Energiepolitik vielleicht lernen.

Denn die Zeit der Dinosaurier ist vorbei. Die Zeit ist vorbei, in denen Atomkraftwerke von Regierungen für zukunftsfähig und von der Mehrheit für sicher gehalten wurden. Die Zeit ist vorbei, in der behauptet wurde, mehr als 4 % erneuerbare Energien im Strommix gingen technisch nicht. Die Zeit ist vorbei, in der wenige große Energieriesen eine Oligopolstellung zu ihren Gunsten ausnutzen und anderen ihre Vorstellung diktieren konnten. – Die Zeit von Brikettöfen, lieber Herr Kufen, ist vorbei.

(Thomas Kufen [CDU]: Das habe ich nicht gesagt!)

– Wenn Sie meinen, Herr Kufen – noch ein Punkt dazu –, dass bei uns Grünen das Chaos ausbricht,

(Thomas Kufen [CDU]: „Chaos“ habe ich nicht gesagt!)

und das damit begründen, dass wir vor Ort diskutieren und an jeder Stelle versuchen, Klimaschutz und Naturschutz miteinander in Einklang zu bringen, muss ich Sie enttäuschen. Bei uns sind Diskussionen kein Ausdruck von Chaos, sondern Ausdruck eines Erarbeitungsprozesses für tragfähige Kompromisse.

(Beifall von den GRÜNEN – Michele Marsching [PIRATEN]: Das kennen die da nicht!)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Zeit ist vorbei, in der Kohle als der heimische Energieträger der Zukunft bezeichnet werden konnte. Die Zukunft gehört dem heimischen Energieträger erneuerbare Energien.

Jetzt könnte man, wenn man den Vertrag der Großen Koalition liest, zu der Erkenntnis gelangen, dass nun auch die Mehrheit der Parteien im Deutschen Bundestag dieser Meinung ist. Schaut man sich das einmal an – ich habe mir einen Satz herausgepickt –, dann steht dort:

„Wir wollen die Entwicklung zu einer Energieversorgung ohne Atomenergie und mit stetig wachsendem Anteil Erneuerbarer Energien konsequent und planvoll fortführen.“

Das hört sich erst einmal gut an. Schön wäre es, wenn es auch genauso kommen würde. Die Zeit wird zeigen, ob diesen schönen Worten auch Taten folgen – Taten, die dazu führen, dass der Windenergieausbau in ganz Deutschland vorangeht – auch in Binnenländern wie Nordrhein-Westfalen; Herr Kufen ist eben darauf eingegangen – und damit die nordrhein-westfälischen Ausbauziele erreichbar bleiben. Taten, die zeigen, dass man es ernst meint mit der Unterstützung von bald dringend benötigten flexiblen Gaskraftwerken statt einem Kohlepfennig für abgeschriebene Braunkohlekraftwerke;

Taten, die die verfassungsbasierte Gesetzgebungskompetenz des Bundes beim Bergrecht ausnutzen und die beispielweise die Gefahren des Fracking wirklich bannen.

Nun, obwohl die Zeit für die Kohle vorbei ist, werden wir noch lange mit deren Auswirkungen leben müssen – seien es Ewigkeitslasten, Bergschäden oder einsturzfährdete Stollen. Das haben uns die Ereignisse in Essen in der letzten Woche eindrucksvoll gezeigt.

Deshalb möchte ich zu guter Letzt noch auf diesen konkreten Aspekt des Bergbaus zu sprechen kommen. In Nordrhein-Westfalen haben wir es mit einer langen Bergbautradition zu tun. Der Abbau wird jedoch im Vergleich dazu erst verhältnismäßig kurze Zeit systematisch dokumentiert. Daher kann es an vielen Orten in Nordrhein-Westfalen immer wieder

zu Gefahrensituationen durch ehemaligen Bergbau kommen.

Aus diesem Grund ist es gut, dass zunächst als Folge von vor 13 Jahren geschehenen Tagebrüchen in Bochum ein anlassbezogenes Präventivprogramm eingeführt wurde, für das der Bergbehörde jährlich 5 Millionen € zur Verfügung stehen.

Darüber hinaus hat die Landesregierung für eine personelle und finanzielle Stärkung der Bergbehörde gesorgt, um ein Risikomanagement umzusetzen. In den Jahren 2011 und 2012 wurden für diesen Bereich insgesamt fünf neue Mitarbeiterinnen eingestellt. Seit 2011 stehen der Bergbehörde zusätzliche Haushaltsmittel in Höhe von 2 Millionen € jährlich für dieses Risikomanagement zur Verfügung. Natürlich werden auch Summen für die Gefahrenabwehr zur Verfügung gestellt, die dann – leider – in Anspruch genommen werden, wenn kein verantwortlicher Alt-Bergbautreibender gefunden werden kann.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch wenn dieser Haushalt dem wichtigen Aspekt der Auswirkungen des Bergbaus in NRW gerecht wird, so sind auf anderen Ebenen die entscheidenden Weichen für das bereits angebrochene Zeitalter der erneuerbaren Energien zu stellen, damit wir hier in Nordrhein-Westfalen die im rot-grünen Koalitionsvertrag gesetzten energiepolitischen Ziele auch wirklich erreichen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Frau Kollegin Brems. – Für die Fraktion der Piraten spricht der Abgeordnete Rohwedder.

Hanns-Jörg Rohwedder (PIRATEN): Herr Präsident! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf der Tribüne und draußen! Liebe Energieverbraucherinnen und Energieverbraucher! Wer das Kapitel „Bergbau und Energie“ im Haushaltsplan liest, der kann nur zu einem Schluss kommen: Es geht um Kohle, nur um Kohle, genauer: um die Subventionen für die Beendigung des Steinkohlebergbaus. Neben den dort veranschlagten rund 330 Millionen € sind sämtliche andere Posten Peanuts, wenn dieses Unwort hier ausnahmsweise einmal gestattet ist.

Selbstverständlich stellen wir die gesetzliche Grundlage für diese Kosten nicht infrage, auch wenn es sicherlich reizvoll wäre, darüber zu spekulieren, was man Sinnvolleres mit diesem Geld machen könnte. Was wir jedoch infrage stellen, das ist die Politik dieser rot-grünen Regierung, die offenkundig immer noch glaubt, die Zukunft der Energieversorgung ließe sich mit Kohle gestalten. Eine Regierung, die sich in Brüssel für den Erhalt der Subvention energieintensiver Betriebe einsetzt – wohl wissend, dass

darunter auch der Braunkohletagebau fällt –, hat nicht realisiert, was Energiewende bedeutet.

Energiewende ist nicht die Folge des Ausstiegs aus dem Ausstieg aus der Atomenergie einer vergangenen schwarz-gelben Bundesregierung. Die Notwendigkeit ergibt sich aus der Realität des Klimawandels, der bereits begonnen hat und dessen Ausmaß es zu begrenzen gilt. Wer diese Realität begreift, der muss zur Kenntnis nehmen, dass für neue Braunkohlekraftwerke zukünftig kein Platz sein darf. Wer dennoch Braunkohle auf Kosten der privaten und gewerblichen Stromverbraucher subventionieren will, der ist nicht glaubwürdig.

(Beifall von den PIRATEN)

Auch ein Klimaschutzgesetz ändert daran nichts, solange dort nicht klar und eindeutig geregelt ist, wie die darin formulierten Ziele erreicht werden sollen. Es ist ein Klimaschutzgesetz, das sich ohnehin nur auf die Liegenschaften der öffentlichen Hand bezieht und deshalb völlig unzureichend ist.

2009 hielten Sie, Herr Römer, der damaligen Regierung hier im Hause im Rahmen der Debatte über den Haushalt vor, für den Anstieg der CO₂-Emissionen zwischen 2005 und 2007 um 8 Millionen Tonnen verantwortlich zu sein. Am 10. November dieses Jahres musste Herr Remmel den Anstieg der Emissionen zwischen 2011 und 2012 um viereinhalb Millionen Tonnen einräumen.

In der gleichen Debatte warfen Sie, Herr Römer, der zuständigen Ministerin vor, in Brüssel und Berlin bei den Verhandlungen über den Emissionshandel keine Rolle zu spielen. Und welche Rolle spielt die Regierung heute dort? Wo ist der Einsatz für einen wirksamen Emissionshandel, der endlich dafür sorgt, dass Strom aus Braunkohle entsprechend seinem Beitrag zum Klimawandel verteuert wird?

Sie, Herr Priggen, zogen damals eine ernüchternde Bilanz über die schwarz-gelbe Energiepolitik im Land. Sie stellten völlig zu Recht fest, dass es fünf verlorene Jahre waren. Sie mahn-ten die verschwendeten zwei Drittel der Energie an, mit denen jedes Braunkohlekraftwerk die Umgebung über die Kühltürme sinnlos beheizt. Sie forderten das Ende der absurden Verschwendung durch zentrale Dinosaurier-Kraftwerke. Sie forderten die Schaffung einer modernen, vernetzten und dezentralen Infrastruktur.

Diese Forderungen sind und waren richtig. Aber wie wollen Sie sie denn jetzt umsetzen – mit Ihrem der Braunkohle verpflichteten Koalitionspartner? Wenn weiterhin zugelassen wird, dass neue Braunkohlekraftwerke geplant und errichtet werden, dann zementieren Sie genau diese Versorgungsstrukturen, die eine wirkliche Energiewende verhindern. Dann ist aber die jetzige Regierung mit Beteiligung der Partei, die einst für Klimapolitik stand, gemeinsam mit ihrem Kohle-

Partner SPD auf dem besten Weg, fünf weitere verlorene Jahre zu hinterlassen.

Wir reden hier über den Haushalt – ein Haushalt, der, wie wir eingangs feststellten, dominiert wird von der Subventionierung des Ausstiegs aus der Steinkohle, einer Belastung, die wir leider nicht ändern können. Was wir aber ändern können und gestalten wollen, ist die Zukunft. Zukünftige Haushalte sollen nicht mit den Fehlern der Vergangenheit belastet werden.

Wer heute die Subventionierung der Braunkohle durch Ausnahmen von der EEG-Umlage zulässt, statt sich aktiv dagegen zu stellen, der sorgt für die Notwendigkeit der Subventionen in der Zukunft – Subventionen, die dann die Folgen des verspäteten Ausstiegs aus der Braunkohle abfedern müssen. So werden nicht nur die Stromkunden heute, sondern auch die Steuerzahler morgen belastet.

Eine solche Politik gestaltet nicht die Zukunft, sondern sie ignoriert die heutige Wirklichkeit. Dafür stehen wir nicht zur Verfügung.

(Beifall von den PIRATEN)

Ich möchte noch eine kurze Bemerkung zu meiner Vorrednerin, Frau Brems, und ihren Aussagen zur Atomkraft machen, die nicht zukunftsfähig sei. – Das kommt von einer Partei, die Laufzeitgarantien für die Atomkraft bis in die 2020er-Jahre durchgesetzt hat, die hier in Nordrhein-Westfalen in der Anreicherungsanlage Gronau neue Kapazitäten zur Lagerung von 60.000 t Uranoxid im Jahre 2005 genehmigt hat. Das ist doch völlig ungläubwürdig. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Rohwedder. – Für die Landesregierung spricht Herr Minister Duin.

Garrelt Duin, Minister für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben vor mittlerweile fast einem Monat in einer Sondersitzung im Wirtschaftsausschuss während der Herbstschulferien eine aufgeregt beantragte, aber dann relativ gelassen, aber sehr intensiv geführte Debatte über die Zukunft der Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen und dem Bund geführt.

Wir waren uns in dieser Debatte parteiübergreifend sehr schnell einig, dass wir in der Tat bei der energiepolitischen Debatte eben nicht, wie gerade im letzten Beitrag deutlich geworden ist, die Überbetonung eines der drei Themen brauchen, sondern dass wir ein gleichseitiges Dreieck aus den Themen

(Zuruf von Thomas Kufen [CDU])

– sehen Sie, ich habe gelernt, dass es kein gleichschenkeliges Dreieck, sondern ein gleichseitiges Dreieck ist; überall gibt es Lernkurven und Erinnerungen – Bezahlbarkeit, Versorgungssicherheit und Klimafreundlichkeit bilden müssen. Dieses gleichseitige Dreieck – so habe ich damals im Ausschuss ausgeführt – kann dann Realität werden, wenn man – die, die dabei waren, werden sich erinnern – aus meiner Sicht zwölf Punkte, die ich damals vorgestellt habe, beachtet.

Wenn ich heute, vier Wochen später, nach einem unterzeichneten Koalitionsvertrag in Berlin diese zwölf Punkte noch einmal durchgehe, was ich in den nächsten zwei Minuten versuche zu machen, dann komme ich zu dem Ergebnis, dass wir diese Punkte sowohl im Land als auch auf Bundesebene erfüllen können.

Der erste Punkt war, dass wir für Investoren und die notwendigen Investitionen klare und verlässliche Rahmenbedingungen brauchen, die nicht mehr nur von einer Wahlperiode abhängig sind. Ich glaube, es ist wichtig, dass wir jetzt einen Weg beschreiten, auf dem deutlich wird: Es geht es nicht darum, alle vier Jahre das Ganze noch einmal neu zu erfinden und auf den Kopf zu stellen,

(Beifall von Josef Wirtz [CDU] und Holger Ellerbrock [FDP])

sondern dass es hier eine lange Linie gibt. Das gilt sowohl für die Investoren im Bereich von konventioneller Energieerzeugung wie bei den Erneuerbaren, aber auch für die Industrie, die einen wesentlichen Teil des Verbrauchs in Deutschland und in Nordrhein-Westfalen ausmacht.

Der zweite Punkt, den ich damals genannt habe, war: Es darf keinen Eingriff in den Bestand geben.

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

Es hat nämlich nichts mit Investitionssicherheit zu tun, wenn wir rückwirkend die Bedingungen für Investoren verändern. Bei dieser Linie bleibt es.

Drittens habe ich gesagt, dass die Ministerpräsidentenkonferenz in Weimar einen sehr wichtigen Beschluss gefasst hat, nämlich dass es eine Koordination der Energiewende zwischen Bund und den Ländern bei Ausbauzielen, Netzausbau und weiteren Dingen geben muss. Daran hat sich ebenfalls nichts verändert. Es ist richtig, dass wir nicht 16 Energiewenden brauchen, sondern dass wir für die Bundesrepublik eine in den europäischen Kontext eingepasste Energiewende für alle brauchen.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

Der vierte Punkt drehte sich um die Frage: Geht es jetzt zu schnell oder zu langsam? Man sieht auch in diesen Stunden viele Kommentierungen nicht nur in der „FAZ“, sondern auch von ganz anderer Seite: Jetzt ginge es immer noch zu schnell, oder es würde jetzt deutlich verlangsamt. – Entscheidend ist

meines Erachtens – das habe ich unter dem vierten Punkt damals gesagt –, dass die Ausbauziele für die Erneuerbaren mit der Infrastrukturplanung, dem Ausbau der Netze, verzahnt und synchronisiert werden. Wenn wir das nicht zueinander bringen, wird die Energiewende kein Erfolg werden.

(Beifall von Rainer Schmeltzer [SPD])

Fünftens habe ich gesagt, das EEG müsse reformiert werden. Wir müssen die Erneuerbaren dazu bringen, auch in die Direktvermarktung zu gehen und auf diesem Weg mehr Systemverantwortung übernehmen zu müssen. Auch der ist mittlerweile deutlicher beschrieben.

Dann ging es sechstens darum, dass wir dringend konventionelle Kraftwerkskapazitäten in Deutschland – oder wo, wenn nicht in Nordrhein-Westfalen? – brauchen. Man ist sich inzwischen einig, dass wir in diesem konventionellen Bereich eine entsprechende Back-up-Kapazität benötigen und – auch das ist mittlerweile verabredet – dass es dazu eines noch zu gestaltenden Kapazitätsmechanismus braucht, um das auf Dauer sicherzustellen.

Siebtens ging es um die Reservekraftwerksverordnung. Sie bleibt noch einige Zeit.

Dann komme ich dem achten Punkt, der damals eine wichtige Rolle gespielt hat, der uns in diesen Tagen und Wochen beschäftigt. Ich bin sowohl dem Bundesumweltminister als auch unserer Ministerpräsidentin sehr dankbar, dass sie zu dem Wettbewerbskommissar Almunía hingefahren sind und den kurzen Draht zu ihm finden. Denn wir werden auch in Zukunft Ausnahmen für die energieintensive Industrie in unserem Land brauchen, wenn wir sie nicht aufs Spiel setzen wollen.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU und der FDP)

Dass diese Ausnahmen im Rahmen der EEG-Reform reformiert werden müssen, ist ebenfalls unstrittig.

Neuntens geht es darum, dass man den Immissionshandel wieder in die Lage versetzt, auch seine positiven Wirkungen zu entfalten. Auch dazu hat es inzwischen eine entsprechende Vereinbarung gegeben.

Zehntens geht es um die Synchronisierung von Erneuerbaren und Netzausbau. Darüber habe ich schon gesprochen.

Der elfte Punkt war die Forschung und Entwicklung für das Thema Speichertechnologien,

(Beifall von Holger Ellerbrock [FDP])

die wir mittelfristig ins Werk setzen müssen, ob bei Power to Gas, bei Pumpspeichern oder anderen.

Zwölftens sprach ich von den Effizienzpotenzialen, die wir im Rahmen einer Effizienzoffensive bestärken wollen.

All diese Punkte sind Teil des Koalitionsvertrages hier im Land. Wir haben diese Punkte auf der Bundesebene mit einer starken Stimme aus Nordrhein-Westfalen eingebracht. Deswegen komme ich zu dem Schluss:

Wir in Nordrhein-Westfalen werden unsere Ausbauziele erreichen – Punkt eins.

Wir werden die Versorgungssicherheit nicht aufs Spiel setzen – Punkt zwei.

Und drittens sichern wir die Bezahlbarkeit von Energie für Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die Industrie im Sinne unseres Wirtschaftsstandortes.

(Beifall von der SPD)

Diese Landesregierung ist Schrittmacher der Energiewende. Es ist dringend Zeit, dass das auch in Berlin ankommt. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Minister. – Die Landesregierung hat ihre Redezeit um eine Minute überschritten. Gibt es noch Wortmeldungen? – Das sehe ich nicht.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, wir kommen damit zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung Drucksache 16/4414, den **Einzelplan 14** unverändert anzunehmen. Wer dem seine Zustimmung geben kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer kann dem nicht zustimmen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Einzelplan mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen der CDU, der FDP und der Fraktion der Piraten **angenommen**.

Ich rufe nun auf:

**Einzelplan 07
Ministerium für Familie, Kinder,
Jugend, Kultur und Sport**

Ich möchte einen Hinweis geben auf die Beschlussempfehlung und den Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 16/4407 zum Einzelplan 07.

Ich eröffne die Aussprache zum

**Teilbereich
Familie, Kinder und Jugend**

und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Tenhumberg das Wort.

Bernhard Tenhumberg (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schaut man in diesen Entwurf, kommt einem gähnende Leere entgegen. Ich stelle in dem Haushaltsplanentwurf fest: keine Innovationskraft und keine Antworten auf die kinder- und jugendpolitischen Herausforderungen der heutigen Zeit, obwohl das – das haben wir in der Enquetekommission mehrfach festgestellt – in der Kinder- und Jugendpolitik dringend nötig wäre.

Das stellen wir insbesondere fest, wenn wir die Bildungsinhalte, die dort vermittelt werden, betrachten.

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Wenn Sie aus diesem Haushaltsentwurf die Personalkostensteigerung, den investiven Teil der U3-Betreuung, Belastungsausgleichsgesetz und sonstige rot-grüne Spielwiesen herausrechnen, stellen Sie fest, dass dort kein einziger Euro frisches Geld vorhanden ist. Wir sprechen im Gegenteil von realen Kürzungen. Bezüglich des Landesjugendplans komme ich gleich nochmal darauf zurück.

Das heißt also, dass Sie so, wie Sie es planen, im Jahr 2014 die kinder- und jugendpolitischen Notwendigkeiten verpennen, die in Nordrhein-Westfalen zu erfüllen sind.

(Beifall von der CDU)

Sie verpennen die Möglichkeiten, die sie mit einer zukunftsorientierten Jugendpolitik hätten.

(Beifall von der CDU)

Auch an dieser Stelle: Ohne die Bundesunterstützung müssten Sie in der Kinder- und Jugendpolitik den Offenbarungseid leisten.

(Beifall von der CDU)

Der Gipfel der Verschleierung findet sich auch hier im Haushaltsplan: Die globalen Minderausgaben in Höhe von etwa 37,6 Millionen € bedeuten doch letztlich, dass Sie etwas versprechen und gleichzeitig genau wissen, dass Sie es nicht einhalten.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Sie haben überhaupt keine Ahnung!)

Denn Sie müssen die 37,6 Millionen € erwirtschaften, Herr Kollege. Oder wollen Sie sagen – das Ministerium kann das nicht mal, aber Sie können es sicherlich –, wie Sie die 37,6 Millionen € erwirtschaften wollen?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])

Sagen Sie es uns! Sagen Sie der Bevölkerung heute, wie Sie das machen wollen. 37,6 Millionen € sind mehr als ein Drittel der Mittel für den gesamten Kinder- und Jugendförderplan des Landes Nordrhein-Westfalen. Wollen Sie vielleicht dort die Kürzungen vornehmen, oder kalkulieren Sie, wie das in einem Antrag der Piratenfraktion deutlich geworden ist, dort schon real die Kürzungen im Voraus ein?

(Zuruf von Stefan Zimkeit [SPD])